

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 45.

Mittwoch, den 23. Februar 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

## Die Unfallverhütung.

Die Zahl der Unfälle ist seit einer Reihe von Jahren ständig und ganz gewaltig gewachsen, und zwar nicht nur absolut, sondern auch relativ. Die Steigerung hält auch immer noch an, und die Frage der Unfallverhütung ist so brennend wie nur je zuvor. Heute sind rund 22 Millionen Personen gegen Unfall versichert, gegen 13,6 Millionen im Jahre 1890, und im Jahre 1907 wurden 148 379 755 Mark Entschädigungsbeträge in der Unfallversicherung bezahlt, gegen 20 075 545 Mark im Jahre 1890. Die Unfallversicherung umfaßt also heute bereits einen großen Personenkreis, aber die Zunahme der Maschinenarbeit und vor allem auch die intensivere Arbeitsweise vergrößern auch immer mehr die Unfallgefahr. Deutlicher als in der Zunahme der gezahlten Entschädigungsbeträge — in denen ja auch die Renten der in früheren Jahren Verunglückten enthalten sind — kommt dies dadurch zum Ausdruck, daß im Jahre 1890 auf 1000 Versicherte nur 14,52 angemeldete Unfälle kamen, im Jahre 1907 aber bereits 31,16, so daß die Zunahme der jährlichen Unfälle in der genannten Zeit von 198 706 auf 659 833 relativ mehr als eine Verdoppelung der Unfälle bedeutet. Das gleiche Bild gibt ein Vergleich der erstmalig entschädigten Unfälle, die also schwerere Art waren, sie stiegen von 3,03 auf 1000 Versicherte im Jahre 1890 auf 6,77 im Jahre 1907. Daß im Interesse der Arbeiter dieser zunehmenden Unfallgefahr entgegengetreten werden muß, ist selbstverständlich, um so mehr aber auch, als die Berufsgenossenschaften immer rücksichtslosere Mittel anwenden, um die Rentenansprüche der Verunglückten zu hinterziehen.

Die auffälligste Erscheinung ist die Zunahme der Unfälle in der Landwirtschaft. Während bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften im Jahre 1890 auf 1000 Versicherte erst 3,98 angemeldete Unfälle kamen, waren es im Jahre 1907 schon 12,69, und die Zahl der erstmalig entschädigten Unfälle ist in der gleichen Zeit von 1,55 auf 5,60 auf 1000 Versicherte gestiegen. Das heißt, die Unfälle sind heute in der Landwirtschaft relativ fast viermal so zahlreich als 1890! Bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften stieg die Zahl der Unfälle pro 1000 Versicherte von 29,91 auf 51,59 und die Zahl der erstmalig entschädigten Unfälle ist von 5,29 auf 8,36 auf 1000 Versicherte angewachsen. Die Steigerung bedeutet also noch keine Verdoppelung, während sich in der Landwirtschaft die Unfälle vervierfacht haben.

Die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften haben ja nun auch in den letzten Jahren strenge Revisionen in den landwirtschaftlichen Betrieben vornehmen lassen, und zahlreiche Bestrafungen sind ergangen wegen Nichtbeachtens der Unfallverhütungsvorschriften. Die Unfälle haben dadurch nicht abgenommen. Denn wenn nicht eine ständige Überwachung der Betriebe stattfindet, hat die einmalige Revision wenig zu bedeuten. Eine andere oder wenigstens ebenso gute ständige Überwachung der Betriebe als die durch die Arbeiter selbst gibt es aber nicht. Deshalb sehen wir auch, daß in jenen Industriezweigen, in denen die Arbeiter gut organisiert sind, die Unfälle am wenigsten zugenommen haben, trotz vermehrter Maschinenarbeit. In der Holzberufsgenossenschaft z. B. kamen 1890 auf 1000 Versicherte 31,13 angemeldete Unfälle, im Jahre 1907 47,72. Die Steigerung ist also gar nicht zu vergleichen mit der gewaltigen Zunahme in der Landwirtschaft. Neben der Überwachung der Betriebe und der Unfallverhütungsvorschriften kommt aber auch die Intelligenz der Arbeiter in Betracht. In der Landwirtschaft werden immer mehr Arbeiter aus Ländern mit niedriger Kultur beschäftigt, Galizier, Russen usw., die der Maschinenarbeit nicht gewachsen sind, aber auch im allgemeinen infolge ihrer mangelnden Intelligenz sich leichter Verletzungen zuziehen. Das wichtigste Mittel, den Unfällen entgegen zu wirken, sind also die Organisationen der Arbeiter, welche eine ständige Kontrolle über die Betriebe ausüben, aber auch, und das ist anerkannt, eine höhere Intelligenz der Arbeiter bewirken.

Neben strengen Unfallverhütungsvorschriften und einer guten, durch die Arbeiter bewirkten Kontrolle sind aber doch noch andere Mittel erforderlich, um der wachsenden Unfallgefahr entgegenzuarbeiten. Und sehr beachtlich sind die Anregungen, die ein Ingenieur, Dr. Ing. Ernst Barten, in einem kürzlich erschienenen Buche\* gibt. Er wendet sich im wesentlichen an die Ingenieure, die eine Kulturarbeit dadurch leisten könnten, daß sie bei der Konstruktion der Maschinen auch den Unfallgefahr als vollwertigen Konstruktions-

faktor berücksichtigen. Heute, sagt Barten, werde bei der Konstruktion von Maschinen nur der Zweck ins Auge gefaßt, die Unfallverhütungseinrichtung ist dann nur ein Beiwerk, das oft hinderlich in der Arbeit ist und daher vielfach beseitigt wird, oder es bietet überhaupt keinen Schutz. Gehe aber der Ingenieur von vornherein an seine Aufgabe heran, eine Maschine zu konstruieren, welche auch den Zweck habe, Unfälle unmöglich zu machen, werde also die Unfallverhütung ein Hauptbestandteil der Konstruktion, so bedürfte es keiner besonderen Schutzvorrichtung mehr. Und dieses Problem sei sehr wohl zu lösen und eine Verhütung zahlreicher Unfälle auf rein technischen Wege zu bewirken. Was für die einzelne Maschine gilt, das trifft auch auf die gesamten Betriebsanlagen und auf vieles Handwerkszeug und Geräte zu. Jede Maschine sei die Verkörperung des Denkens und Empfindens ihres Schöpfers, sagt Barten. Wenn der Ingenieur von der Notwendigkeit der Unfallverhütung durchdrungen sei, könne er diesen Gedanken durch die Gestaltung der Maschinen und durch die Betriebsleitung zum Ausdruck bringen und werde dadurch auch erzieherisch wirken. Die Erzeugnisse des menschlichen Geistes, die durch menschliche Fertigkeiten hergestellten Einrichtungen, sind naturgemäß der Herrschaft des Menschen in weit höherem Maße unterworfen als diejenigen Vorgänge, bei welchen die Naturkräfte freier und ungezügelt auf den menschlichen Körper einzuwirken vermögen. Die Gefahren, die durch Werke von Menschenhänden geschaffen sind, sind auch durch Menschenhände wieder zu beheben.

Das ist gewiß richtig und muß erstrebt werden. Hinderlich ist aber, daß der Profit des Unternehmers das Leitmotiv der gesamten Produktion ist, weshalb auch die Maschinen und Betriebseinrichtungen in erster Linie in Rücksicht auf die „Rentabilität“ gestaltet werden. Das liegt im Wesen der kapitalistischen Produktion. Eine Produktionsweise dagegen, die nicht den Profit des einzelnen, sondern das Interesse der Gesamtheit zum Ziele hat, wird sich auch in der Konstruktion der Maschinen und Einrichtung von Betrieben nur von sozialen Gesichtspunkten leiten lassen. Eine sozialistische Gesellschaft kann daher auch die Unfälle auf ein geringes Minimum beschränken, was der Ingenieur Barten in dem erwähnten Buche zeigt. Aber mit dem nötigen Druck auf die Unternehmer läßt sich auch schon in der technischen Unfallverhütung viel erreichen, läßt sich ein großer Teil der Unfälle verhindern.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Das überschlane Marineamt.

In den Leipziger „Neuesten Nachrichten“, denen andere geistreichere Blätter, die gute Beziehungen zum Reichsmarineamt pflegen, sicherlich folgen werden, wird Reichstagsabgeordneter Genosse Severing wegen seiner in der Budgetkommission des Reichstags über die Schlamperie auf der Danziger Marinewerft vorgebrachten Beschwerden in ganz unqualifizierbarer Weise angegriffen und verhöhnt, und es wird die Sache so dargestellt, als ob alle Anklagen Severings in sich zusammengebrochen wären.

Demgegenüber stellen wir fest, daß die Behauptungen Severings durch die Untersuchung keineswegs widerlegt sind. Severing hatte behauptet, im Jahre 1906 seien von einem Torpedoboote Messing- und andere Gegenstände im Werte von mindestens 500 Mk. als Überbestand über Bord geworfen worden; das gleiche sei im Frühjahr 1909 auf Kessort I in Wilhelmshaven geschehen; in Kiel habe man kostbares Steinmaterial zum Unterbau für eine Kesselanlage verwendet, ferner habe die Marineverwaltung gereinigtes Leinen, das sie als Putzzeug gekauft hatte, wieder verkauft und schließlich dreimal so teuer zurückgekauft! Als der Arbeiterausschuß einen Vorschlag machte, wie man billigeres und besseres Putzzeug beschaffen könne, sei ihm von der Verwaltung bedeutet worden, daß ihn das nichts angehe! Weiter hätten Hochseeschiffe, die in Kiel stationiert seien, in Wilhelmshaven Kohlen genommen, aber anstatt nun eine entsprechende Berechnung vorzunehmen, hätte die Verwaltung die betreffende Menge Kohlen von Kiel nach Wilhelmshaven transportieren lassen. Alle diese Mitteilungen Severings über Schlamperie und unsinnige Verwaltungspraktiken der Werften sind bisher nicht widerlegt!

Die weitere Behauptung Severings, daß auf der Danziger Werft Köcher ins Eis geschlagen und in diese wertvolle Gegenstände verfenkt seien, ist von den angeklagten Beamten unterzucht, und es ist nach dem hierüber aufgenommenen Protokoll natürlich „nichts Wertvolles gefunden“ worden. Das

Loch sei, so heißt es im Protokoll, in das Eis geschlagen worden, damit man bei Ausbruch eines Feuers Wasser schöpfen könne! In der Severingschen Zeichnung waren aber mehrere Verankerungen angegeben, die indes nach den Versicherungen des Werftdirektors von Schimmelmann nicht vorhanden gewesen sein sollen.

Dieses Ergebnis der Untersuchung, mit welchem sich bezeichnenderweise die bürgerlichen Vertreter in der Kommission mit Ausnahme von Herrn Mugdan sämtlich einverstanden erklärten, beweist herzlich wenig. Die Gewährsmänner Severings bleiben bei ihrer Behauptung, sie können aber mit ihrer Person nicht einspringen, weil sie ohne Zweifel sofortige Maßregelung zu gewärtigen hätten und ihnen ihr ferneres Fortkommen durch die Werftverwaltung nach Möglichkeit erschwert werden würde.

Weiter darf man bei Beurteilung der ganzen Angelegenheit nicht aus dem Auge verlieren, daß die in den Protokollen niedergelegten Aussagen die Bekundungen von Personen sind, die beschuldigt werden, unrecht gehandelt zu haben! Es sind also die Angeklagten zum Richter über sich selber gesetzt! Wenn die leitenden Personen des Reichsmarineamts von der Unschuld der in Frage kommenden Beamten überzeugt sind, weshalb haben sie sich denn so sehr gegen den Vorschlag des Abg. Mugdan gestraubt, dem Genossen Severing die Möglichkeit zu geben, der Untersuchung beizuwohnen? Der sozialdemokratische Redner soll eben unrecht behalten, und die Marinebureaukratie soll geschützt werden.

Herr v. Tirpitz fordert nun, daß Severing seine Behauptungen außerhalb des Hauses wiederhole, damit das Gericht sich mit der Angelegenheit befassen könne! Das heißt auf Deutsch: Die Marineverwaltung will in der bekannten Weise wegen irgend eines nebensächlichen Punktes Strafverfolgung stellen und dann aus der wegen eines beliebigen nebensächlichen Punktes oder wegen formaler Gründe erfolgten Beurteilung die Haltlosigkeit aller Angriffe behaupten; ferner aber aus den zu jenem Prozeß geladenen Zeugen die Severingschen Gewährsmänner herausfinden und sich an ihnen rächen!

Anstatt also Ordnung zu schaffen und die Schuldigen zur Bestrafung zu ziehen, stellte man dem sozialdemokratischen Abgeordneten eine Falle, um an seinen Gewährsmännern Rache zu üben.

Das Ende der „Nationalzeitung“.

Das offizielle Berliner Organ der Nationalliberalen, die „Nationalzeitung“ stellt mit dem 31. März ihr Erscheinen ein. Die Nationalliberalen versügen dann in Berlin nur noch über die „Nationalliberale Korrespondenz“.

Mit der „Nationalzeitung“ ist es bereits seit einigen Jahren in scharfem Tempo bergab gegangen. Vor einiger Zeit wurde das Blatt mit der freikonservativen „Post“ verschmolzen und treibt seitdem nur noch auf der ersten Seite nationalliberale Politik, das übrige war der vollständige Text der „Post“. Für den „Aufschwung“ der Nationalliberalen spricht es gerade nicht, wenn sie nicht einmal in der Lage sind, ein eigenes politisches Organ in Berlin erhalten zu können.

Der preussische Eisenbahnminister und die Fahrkartensteuer.

In der Budgetkommission des preussischen Landtages stellte der Eisenbahnminister fest, daß im Jahre 1906 durch die Fahrkartensteuer in wenigen Monaten ein Einnahmeausfall von 7—8 Millionen Mark entstanden sei. Die Ursache war die Abwanderung in die niedrigeren Klassen. Die Aufhebung der Fahrkartensteuer halte er für dringend notwendig. Leider sei aber nicht damit zu rechnen, daß man im Reichstage mit diesem Vorschlage durchdringen könne. Auch von einer Umänderung der Fahrkartensteuer dürfe man nichts erwarten.

Der Minister erwägt nunmehr die Frage, ob es nicht angezeigt sei, den Fahrpreis für Benutzung der 1. Wagenklasse herabzusetzen, wodurch dann die Steuer in dieser Klasse ganz von selbst niedriger würde.

Der verstorbene Reichstagspräsident und die Sozialdemokratie.

In einer Fraktionsitzung der sozialdemokratischen Partei wurde beschlossen, die Fraktionsmitglieder, die es ermöglichen können, zur Beteiligung an der Trauerfeier in Berlin aufzufordern und zur Beilegung in Dönhofsplatz zwei Mitglieder zu delegieren. Die Genossen Mollath und Sildikum erklärten sich zur Übernahme dieses Auftrages bereit. Die Fraktion wird ferner einen Antrag stellen, um auch auf diese Weise zum Ausdruck zu bringen, daß sie dem gemeinsamen Präsidenten des Reichstages die letzten Ehren erweisen will. In der Fraktionsbesprechung wurde allseitig anerkannt, daß der verstorbene Präsident, obgleich seine Parteianhänger von den unsren weit entfernt waren, sich doch stets ernst-

\* Notwendigkeit, Erfolge und Ziele der technischen Unfallverhütung. Von Dr. Ing. Ernst Barten. Groß-Dichterfelde 1909. Verlag der Arbeiter-Versorgung.

sch bemüht hat, seines schwierigen Amtes nach allen Seiten hin unparteiisch zu wachen, und daß er den Mitgliedern des Hauses bei den häufig erforderlichen persönlichen Rücksprachen stets freundlich entgegenkam.

### Die liberale Einigkeit.

In Stuttgart trat am verflochtenen Sonntag die deutsche Volkspartei zu ihrer letzten Sitzung zusammen. Den Bericht über das Einigungsprogramm erstattete der Reichs- und Landtagsabgeordnete Bayer, der mit tränenreicher Phrasendrescherei über den jämmerlichen Verfall des Süddeutschen Liberalismus hinwegzutäuschen versuchte. In höflicher Rede erklärte er besonders die programmatische Entredung der Frauen für eine Folge der natürlichen Trennung der Geschlechter, er erinnerte an die entscheidenden Jugendtage der Partei, die sich bis zur Unkenntlichkeit umgewandelt habe und empfahl schließlich, wie es bei alten Jungfrauen Sitte ist, die Interessensuche mit dem norddeutschen Liberalismus, denn schwer und bitter ist das Süddeutschen. In der Debatte erlobte der Münchener Professor Quidde einige Bedenken gegen die Einigung, Konrad Hausmann vermittelte den freisinnigen Wahlrechtskämpfern in Preußen die Grüße der süddeutschen Freisinnigen, worauf die Versammlung ein begeistertes Ende nahm. Am 6. März ist Hochzeit im liberalen Lager.

### Zentrum und Reichswertzuwachssteuer.

Bei den soeben beendeten Staatsberatungen der Stadtverordneten in Köln befaßten sich mehrere Redner mit der Reichswertzuwachssteuer, deren Einführung von allen Seiten als eine schlimme Schädigung der Gemeinden bezeichnet wurde, denen die Besteuerung des unverdienlichen Wertzuwachses in den Städten deshalb allein zustehe, weil der Wertzuwachs von den Gemeinden durch große Ausgaben und Lasten geschaffen werde. Die liberalen Redner warfen dem Zentrum vor, daß es, um die Besitzenden und die Steuerbetrücker zu schonen, den Agrariern zuliebe die Erbschaftsteuer niedergestimmt und dafür die Reichswertzuwachssteuer gutgeheißen habe. Der Kölner Zentrumsführer, Justizrat Hausen, vertrat entschieden den Standpunkt, daß die Wertzuwachssteuer den Gemeinden gehöre; wenn die Vorlage der Regierung komme, die den Wertzuwachs endgültig für das Reich festlegen wolle, so werde man dagegen von allen Seiten Sturm laufen und die Regierung werde diesem Sturme nachgeben. Ein Zentrumsführer hofft also, daß die Regierung die Gemeinden vor der Ausführung eines vom Reichstagszentrum im Interesse der Agrarier mitgeschlossenen städtischen Beschlusses schützen werde. Ein zweiter Zentrumsredner, Justizrat Krings, vertrat einen ähnlichen Standpunkt; Herr Trimborn wurde wegen seiner Haltung zur Reichswertzuwachssteuer scharf angegriffen, aber von keinem der Zentrumsredner verteidigt.

### Die preussische Mißgeburt.

Ein Wolffisches Telegramm meldet: Die Wahlrechtskommission des Abgeordnetenhauses nahm einen kombinierten Antrag der Konservativen auf Beibehaltung der indirekten Wahl, und des Zentrums auf Einführung der bereits früher im Prinzip beschlossenen geheimen Wahl an. Ein Antrag auf getrennte Abstimmung über diese beiden Teile wurde vorher gegen die Stimmen der Nationalliberalen und Freikonservativen abgelehnt. Für den kombinierten Antrag stimmten neben dem Zentrum und den Konservativen die Nationalliberalen. Der Minister des Innern hatte erklärt, daß die Regierung bei Annahme des kombinierten Antrages kaum noch großen Wert auf ein positives Ergebnis legen könne.

Das Resultat ist also: An der Regierungsvorlage wird ohne die Absicht einer Verbesserung etwas herumgeflickt, um der Regierung einen Vorwand zu geben, das ganze Machwerk zurückzuziehen, worauf dann die „Reform“ weiter im Schoße der Zeit schlummern mag. So löst man das bekannte „Königswort“ ein und es bleibt doch alles beim alten. Nur hat diese Politik den Fehler, allzu plump zu sein.

Das preussische Volk wird sich durch die Spiegelfechtere, die Sunker und Pfaffen unter Mitwirkung der als Statisten dienenden liberalen Maßbürger aufzuführen, nicht irre machen lassen, sondern sein Recht weiter fordern. Die Farce der Kommissionsberatung wird die Empörung über die Preussenschaube nur noch steigern. Dessen sind wir sicher!

### Die „unpolitischen“ deutschen Turner.

Unsere „nationalen“ Turnvereine betonen bekanntlich bei jeder Gelegenheit, daß sie unpolitischen Charakters seien, was sie allerdings nicht hindert, nach Herzenslust die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften zu bekämpfen.

Kürzlich hielt der Deutsch-Bölkische Turnverein „Schwarz-Rot-Gold“ zu Magdeburg eine Versammlung ab, in der ein Dr. jur. Albrecht einen Vortrag über die Frage hielt: „Weshalb sind wir genötigt, vom nationalen Standpunkte aus eine scharfe Stellung gegen die Sozialdemokratie einzunehmen? Das ist ein politisches Thema und damit wieder einmal der Beweis erbracht, daß in diesen Turnvereinen Politik getrieben wird. Die Versammlungsteilnehmer waren durch Zirkular eingeladen worden, aber nicht nur die erwachsenen männlichen und weiblichen Mitglieder des Vereins, sondern auch die Jugendabteilung.

Das Reichsvereinsgesetz untersagt der Jugend bekanntlich jede Beteiligung an politischen Versammlungen, und die Behörden wachen eifrig über die Innehaltung dieser Bestimmung, wie ihr Vorgehen gegen die freien Jugendorganisationen beweist. Im vorliegenden Falle scheinen die Behörden aber nicht eingegriffen zu haben, denn die Versammlung war bereits am 5. Februar, und bisher hat man nichts von derartigen Maßnahmen gehört.

Der Vorstand stellt seinen „liebverehrten Turnschwestern und Turnbrüdern“ weitere „derartige Abende“ in Aussicht. Ob er auch zu den anderen Abenden die Saalgebäude einladet?

### Die Frankfurter Polizei.

In der gestrigen Stadtvorordneten-Sitzung in Frankfurt a. M. wurden von den Sozialdemokraten und Demokraten Anfragen an den Magistrat über das Vorgehen der Polizei bei den jüngsten Wahlrechtskundgebungen gerichtet. Oberbürgermeister Adickes gab eine längere Erklärung ab, in der es u. a. heißt: „Über die außerordentlich beklagenswerten Vorgänge vom 13. Februar und 17. Februar fanden eingehende Besprechungen zwischen dem Polizeipräsidenten und dem Magistrat statt, in denen ersterer einerseits die Notwendigkeit polizeilicher Einschreiten gegen die Widerlichkeiten und Ungehelichkeiten betonte, andererseits wiederholt seine Bereitwilligkeit aus sprach, die ihm vorgebrachten Beschwerden über angebliche Mißgriffe einzelner Polizeiorgane zu prüfen und, falls das Ergebnis der Untersuchung es erforderlich machen sollte, die nötige Remedur einzuleiten zu lassen. Der Magistrat kann nur dem dringenden Wunsche Ausdruck geben, daß zur Vermeidung der Wiederkehr solcher den guten Ruf unserer Stadt und ihre wirtschaftlichen Interessen schwer schädigenden Vorgänge bei der Verfolgung von Bestrebungen auf Änderung der gesetzlichen Bestimmungen alles unterlassen werden möge, was nach dem bestehenden Rechte ein polizeiliches Einschreiten mit allen seinen nicht vorherzusehenden Konsequenzen mit Notwendigkeit herbeiführen muß. Wer im jetzigen Augenblick unternimmt, das in dem bestehenden Gesetz nicht anerkannte Naturrecht auf die Straße zu erzwingen, nimmt eine überaus große Verantwortung auf sich. Der Magistrat warnt eindringlich vor solchem Vorgehen.“ — Nach langen, teilweise sehr erregten Auseinandersetzungen wurde gegen die Stimmen der Nationalliberalen und Mittelstandsparteiler folgende Erklärung beschlossen: Mit Rücksicht darauf, daß das Verhalten der Polizeiorgane am 13. Februar geeignet war, sowohl das verfassungsmäßige Recht öffentlicher Kundgebungen und die Sicherheit harmloser Passanten zu gefährden, wie auch den Fremdenverkehr zu beeinträchtigen, ersuchen wir den Magistrat, an zuständiger Stelle Verwahrung einzulegen, damit die Wiederkehr solcher Vorgänge vermieden wird.“

### Sturm im elsäß-lothringischen Landesausschuß.

Im elsäß-lothringischen Landesausschuß kam es Dienstag bei der zweiten Lesung des Etats zu hitzigen Szenen. Der Skandal dauerte während der ganzen Sitzung an und erinnerte an geradezu österreicherische Verhältnisse.

Bei der Beratung der Bezüge des Statthalters brach der Kampf aus. Der Abgeordnete Blumenthal warf der Regierung vor, daß sie auf Umwegen eine vom Landesausschuß bereits abgelehnte Position wieder eingestellt habe und verlangte von ihr, daß sie die Beschlüsse des Hauses respektiere. In einem noch viel schärferen Tonfall sprach dann der Abg. Preiß (Zentrum). Er erklärte, es sei geradezu unerhört, daß man vom Regierungssitze aus es wage, dem Landesausschuß diese Zustimmung zu machen.

Der Regierungsvertreter, Staatssekretär Freiherr Jörn von Bulach, wandte sich gegen diese Kraftworte. Abg. Preiß sprach dann von „unlauteren Manipulationen.“ Als der Staatssekretär erwiderte, daß er nur auf die Tribüne wirken wolle, rief der Abg. Preiß: „Unverschämte.“ Es kam dann zu einem sehr erregten Disput, wobei der Staatssekretär den Abgeordneten aufforderte, ihn außerhalb des Hauses zur Rede zu stellen. (Zwischenruf: „Mit dem Florett in der Hand.“)

Diese Debatte nahm dann eine noch viel schärfere Gestalt an, als der Abg. Preiß auf eine Äußerung des Staatssekretärs zu sprechen kam, daß er der Sproß eines alten Adelsgeschlechtes sei. Preiß erklärte, daß er von den Sprößlingen alter Adelsgeschlechter, ob sie Friseur, Kellner oder Minister seien, nur verlange, daß sie ihre Pflicht erfüllen. Gewisse Minister seien aber so international angelegt, daß sie in ständiger, jeder Regierung zu dienen, woher sie auch komme.

Eine womöglich noch gesteigerte Wiederholung dieser Debatten gab es bei dem Titel: Etat des Ministeriums. Abg. Wetterle, der erst vor einigen Tagen aus dem Gefängnis entlassen worden ist, in dem er eine zwei-monatige Strafe verbüßt hatte, eröffnete das Gespräch, indem er die bekannte Hundeaßäre wieder aufrührte und behauptete, die damaligen Angriffe auf den Staatssekretär seien aus den Kreisen der Beamten hervorgegangen. Er machte ziemlich deutliche Anspielungen auf einen in der Nähe des Staatssekretärs sitzenden Beamten. Diese Anspielungen wiederholte in viel deutlicherer Weise der Abgeordnete Preiß, als er auf Grund von Zeitungsnachrichten den Unterstaatssekretär Mandel aufforderte zu erklären, ob er selbst nicht derjenige sei, der diese Sophismen gegen seine Vorgesetzten in die Zeitungen lanciert habe, oder ob er nicht wisse, wer der Verfasser sei. Es kam zu sehr erregten Szenen, in deren Verlauf der Unterstaatssekretär und der Staatssekretär sich sehr entschieden gegen den Abgeordneten wandten. Der Abgeordnete Preiß wiederholte aber seine Frage noch einmal und erklärte, daß er auf der Beantwortung bestehen müsse. Er wurde mehrfach zur Ordnung gerufen. Der Staatssekretär lehnte es ab, auf die Frage zu antworten und bemerkte, man werfe ihm Treubruch vor. Der Statthalter selbst, Freiherr Jörn von Bulach, erklärte, es käme so weit, daß die Mitglieder der Regierung von ihren Plätzen herabsteigen würden, um dem Abgeordneten Preiß die Antwort zu geben, die er verdiene. Es kam nach dieser ziemlich deutlichen körperlichen Drohung noch zu einer Fortsetzung der Debatte, die aber nichts Bemerkenswertes weiter brachte.

Es wurde dann noch die Ausweisung des Schweizers Wegelin zur Sprache gebracht, wobei die Regierung sich bereit erklärte, evtl. den Fall noch einmal zu untersuchen.

In großer Erregung ging das Haus auseinander.

### Ostereich-Ungarn.

Bosnien vor Mecklenburg! In der bosnischen Hauptstadt Serajewo wurde am Sonntag mittag durch den Landesherzog die Verfassung feierlich proklamiert. Die Proklamation wurde gleichzeitig im ganzen Lande verbreitet. — Hier geht es rascher vorwärts als im allen Ostrückenlande, das geographisch zu Mitteleuropa gerechnet wird.

### England.

Die Thronrede. Anlässlich der Eröffnung der Parlamentsstagung verlas der König folgende Thronrede: Meine Beziehungen mit allen auswärtigen Mächten sind fortgesetzt die freundschaftlichsten. Die Einführung des neuen Regimes in Südafrika erfolgt Ende Mai. Während dieser Zeit wird eine neue Regierung gebildet sein. Hierauf wird das neue Parlament zusammentreten. Ich werde meinen Sohn, den Prinzen von Wales, beauftragen, im Herbst eine umfassende Reise nach sämtlichen südafrikanischen Kolonien zu unternehmen, um in meinem Namen die erste Tagung des südafrikanischen Parlaments zu eröffnen und auch in meinem Namen und in dem des Kaiserreichs diesem Parlament unsere Wünsche für die Ausdehnung und das Wohlergehen der Bevölkerung zu übermitteln. Das Budget für das nächste Rechnungsjahr wird rechtzeitig eingebracht werden. Das Budget ist verfaßt worden mit Rücksicht auf die notwendigen Ersparnisse. Die Bedürfnisse der nationalen Verteidigung des Reiches und speziell der Marine haben bedeutend mehr Ausgaben veranlaßt.

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 23. Februar.

Die Ehrung des Genossen August Bebel, welche der Sozialdemokratische Verein am gestrigen Abend im Gewerkschaftshaus veranstaltet hatte, legte bereites Zeugnis ab für die Liebe und Verehrung, die auch die klassenbewußte Arbeiterchaft Lübecks für ihren großen Vorkämpfer fühlt. Bereits lange vor Beginn der Feier war der große Saal und die Galerien mit festlich gekleideten Genossinnen und Genossen dicht besetzt. Und noch immer strömten die Massen heran. Viele mußten mit einem Stehplatz vorlieb nehmen. Kurz nach 8 Uhr ertönten die feierlichen Klänge des Einzugsmarsches der Gäste aus Wagners „Tannhäuser“ und eröffneten das Programm. Nach dem noch zwei weitere Musikstücke von den Mitgliedern des Musikervereins in exakter Weise zum Vortrag gebracht worden waren und reiche Anerkennung gefunden hatten, rezitierte Herr Mittel Karl Henckels wichtige Dichtungen „An das Proletariat“ und „Das Ausnahme-gesetz“, wofür ihm lebhafter Beifall gezollt wurde. Nach der schwungvollen Wiedergabe des Uthmannschen Liedes „Empor zum Licht“ durch den Gesangverein „Eintracht“ nahm Genosse Kagenstein in Berlin das Wort zu einer einständigen Festrede. In äußerst temperamentvoller und feiselnder Weise schilderte Redner den Werdegang und das Wirken unseres August Bebel und gab damit zugleich ein Stück Parteigeschichte, die ja gewissermaßen durch den Geseierten verkörpert wird. Mit einem dreifachen Jubelad aufgenommenen Hoch auf das Geburtstagskind schloß Genosse Kagenstein seine Ausführungen, die rauschende Zustimmung der Festteilnehmer fanden. Gemeinsame Gesänge, hübsch ausgeführte Musikstücke, markige Liedervorträge der Gesangvereine „Eintracht“, „Einigkeit“, „Freiheit“ und „Eiche“ sowie Rezitationen bildeten den weiteren Teil des Programms, das allseitige Befriedigung erregte. Ein Wunsch, der zugleich eine Kritik in sich schließt, sei bei dieser Gelegenheit ausgesprochen, nämlich der, daß in Zukunft Konzerte auch die ihnen gebührende Beachtung bei allen Erschienenen finden mögen. Es gibt leider immer noch Leute, die glauben, daß es sich während der Musikvorträge am besten plaudert und die deshalb gerade in dieser Zeit sich möglichst laut unterhalten. Dadurch bringen sie aber im Grunde nur andere und sich um einen Genuß. Die feierliche Feierlichkeit verließ in würdiger und harmonischer Weise und wird wohl allen denen, die daran teilnahmen, noch lange in bester Erinnerung bleiben.

Der Entwurf zum Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben unseres Staates ist soeben an die Mitglieder der Bürgerschaft verteilt worden. Er weicht in seiner Anordnung von der früheren Form recht weitentlich ab, da in ihm erstmalig, wie das auch bei früheren Budgetberatungen von der Bürgerschaft gewünscht wurde, das Staatsbudget, der Voranschlag der Verwaltungsbehörden und der Haushalt der Allgemeinen Armenanstalt zu einem Voranschlag zusammengedrängt sind. Der Senat erachtet diese Vereinigung der drei einzelnen Budgets als einen wesentlichen Fortschritt gegenüber dem früheren Zustande. Durch die Zusammenfassung der drei Budgets sind die Schlüsselziffern des Voranschlages für 1910 erheblich höher als in früheren Jahren. Es sind veranschlagt die Einnahmen zu 13 536 615,21 Mk. gegen 9 712 743,67 Mk. in 1909; die Ausgaben einschließlich eines Fehlbetrages von 139 625,99 Mk. aus dem Jahre 1908 zu 14 033 201,57 Mk. gegen 9 803 064,42 Mk. in 1909, so daß ein Fehlbetrag von 4 69 586,36 Mk. gegen 90 320,95 Mk. in 1909 vorhanden ist. Der Voranschlag von 1910, verglichen mit demjenigen von 1909 ergibt eine Steigerung der Einnahme um 3 850 871,54 Mk., der Ausgabe um 4 280 136,95 Mk. und des Fehlbetrages um 379 265,41 Mk. Zur Deckung des Fehlbetrages beantragt der Senat einen Zuschlag von 16 Prozent zur Einkommensteuer, der mit 1200 Mark beginnenden Steuerklasse. Bei der Aufstellung des Staatshaushalts für 1910 sind die beantragte Erhöhung der Beamteneinkälter und die Errihtung einer Ruhegeldkasse nicht berücksichtigt. Die hierfür erforderlichen Ausgaben, veranschlagt zu 423 000 Mk., würden zu dem Fehlbetrage noch hinzukommen, wenn die Senatsanträge in der vorgeschlagenen Fassung angenommen werden.

Die Mietenüberschreitungen der für den Neubau des Stadttheaters bewilligten Mittel werden demnach die Bürgerschaft beschäftigen. Nach einer an die Bürgerschaftsmitglieder umgeteilten Übersicht stellen sich die Überschreitungen auf nicht weniger als insgesamt 328 500 Mk.; sie verteilen sich auf Überschreitungen, die schon bei der Verbindung entstanden sind, 29 800 Mk.; auf Mehrkosten der künstlichen Grundung des Baues 91 400 Mk.; Mehrkosten, die durch Mängel des Kostenanschlages verursacht sind, 46 600 Mk.; Mehrkosten durch während der Bauzeit aufgetretene besondere Bedürfnisse, 106 700 Mk., und Mehrkosten, die auf die kurze Bauzeit zurückzuführen sind, 54 000 Mk. Die Gesamtkosten des Stadttheaters mit Saalbau stellen sich jetzt — ohne den Wert des Grundstückes — auf 2 436 607,14 Mk.

Jahresbericht des Verbandes der Brauereiarbeiter, Zahlreiche Lübeck, für 1909. Das Jahr 1909 war für die Brauereiarbeiter im großen und ganzen recht ungünstig, wenn auch die Lagenverhältnisse der hiesigen Zahlstelle erfreulicherweise sich zufriedenstellend gestalteten. Die Gesamteinnahme betrug 4884,30 Mk., der eine Ausgabe von 1956,46 Mk. gegenüberstand. An die Hauptkasse konnten 2922,04 Mk. abgeschickt werden. An Unterstützungen wurden rund 1700 Mk. abgeschickt. Die Geschäfte der Zahlstelle wurden in 20 Vorstand- und Kommissionssitzungen, sowie in 11 Mitgliederversammlungen und einer öffentlichen Brauereiarbeiterversammlung erledigt. Die Mitgliederzahl liegt in der ersten Hälfte des Berichtsjahres infolge einer Hausagitation auf über 200. Außer kleineren Differenzen in den einzelnen

Beirathen kann es zu ernstlichen Lohnbewegungen nicht. Nur die Leitung der Vereinsbrauerei glaubte das tariflich festgelegte Freibier ihrem Personal beschneiden zu können. Wenn auch die Arbeiter Brauereiarbeiter im Prinzip für Ablösung des Freibieres sind, so sah sich doch die Zahlstellenleitung veranlaßt, hiergegen Front zu machen. Es fanden mehrere Sitzungen über diese Angelegenheit statt, bis schließlich in einer öffentlichen Brauereiarbeiterversammlung, zu der der Vorstand und Aufsichtsrat genannter Brauerei geladen war, die Differenz erledigt wurde. War die Lage der Brauereiarbeiter durch die Annahme des Zollgesetzes von 1907 eine ungünstigere geworden, so ist dies durch die Annahme des neuen Brauereigesetzes noch in viel größerem Maße geschehen. Als im letzten Drittel des Berichtsjahres der Bierkonsum infolge des ausgebrochenen Weltkrieges zurückging, sah sich die Zahlstellenleitung genötigt, Mittel und Wege zu finden, um Arbeiterentlassungen zu verhindern. Es wurden in den einzelnen Betrieben Feiertage eingeführt. Als aber die Arbeit immer mehr abflaute, wurden seitens verschiedener Betriebe zahlreiche Entlassungen vorgenommen, so daß am Schlusse des Jahres die Zahlstelle nur noch 185 Mitglieder zählte. Die arbeitslos gewordenen Mitglieder wurden teils aus Verbands-, teils aus lokalen Mitteln unterstützt. Brachte auch das Berichtsjahr manches Ungemach für die Brauereiarbeiter, so hat erfreulicherweise die Krise nicht vermocht, dank unserer Organisation, die Kampfesfähigkeit unserer Mitglieder zu erschüttern. Die Vorgänge im letzten Jahre sollten auch denjenigen Brauereiarbeitern die Augen öffnen, die unserer Organisation noch fernstehen. Und für die Mitglieder gilt es weiter zu agitieren und zu arbeiten, dann wird auch bald die Scharte, welche die Krise hinterlassen hat, wieder ausgeweht sein.

**Der Bürgerausschuß** genehmigte resp. beauftragte in seiner heutigen Sitzung folgende Anträge des Senats: 1. Festsetzung der Bauweise mit bestimmten Zwischenräumen für die Strecke der Rahlburger Allee von der Friedrich-Wilhelmstraße bis zur Rahlhorststraße. 2. Gewährung seinerer Zinsfreiheit auf 10 Jahre an die israelitische Gemeinde für das ihr zum Synagogenbau gewährte Darlehn von 22000 Mark aus öffentlichen Mitteln. 3. Ausdehnung der Tätigkeit der Schleswig-holsteinischen Landschaft auf das Lübeckische Gebiet. 4. Beschaffung einer Glocke für die Kapelle auf dem Werker Friedhof. 5. Änderungen der Bestimmungen über die Baugewerkschule.

**Die Kunst im Dienste des Kaufmanns.** Einen äußerst lebhaften Vortrag über Mode und Geschmack hielt Dienstagabend Herr Prof. Dr. Schmidt (Nachen) im Hörsaal des Johanneums. Gleich die ersten auf die große Lebenswandlung geworfene Bilder: der gewaltige Verkehrsknoten auf der „London Bridge“ und die „Hörse“ zeigten, wie und mit welcher Macht der Strom der Zeit sich im Leben hindurchwindet, wie er sich seinen Weg rücksichtslos bahnt. Nach Wolde drängt, am Wolde hängt doch alles, sagt ja schon Fausts Gretchen. Diese einzige Sucht nach Reichtum, dieses rastlose Erwerbstreben hat den Gegenstand zwischen Kaufmann und Kunst verständig klargestellt, die veränderten Produktionsverhältnisse haben den eigentlichen Vermittler der Kunstprodukte völlig vergessen lassen, daß außer dem gern gehörten Klang der Doppelkrone und des Sovereign noch Schätze vorhanden sind, Schätze auf geistigem Gebiet, die zu erwerben der Kaufmann ein Interesse hat. Auch der Handwerker ist zum Lohnarbeiter herabgedrückt worden, dem es nicht mehr möglich ist, seine individuelle Art in der Arbeit auszudrücken. Alles ist auf Massenproduktion abgestimmt, die Qualität der Ware ist Nebensache. Die Leipziger Messe bietet einen einzigen Beweis für die unerhörte Schandware, die Deutschland für das Ausland produziert, und die der Kaufmann verschleift. Alle Eigenart ist da verloren, die Geschmacksbildung auf ein tiefes Niveau gesunken. Erst in den letzten zehn Jahren ist ein Umschwung eingetreten, ist versucht worden, die Kunst hinauszutragen ins Leben. Zwar ist die moderne Kaufhaus- und Warenhausdekoration bemüht, eine Reformation im Geschmack durchzuführen. Aber Widerspruch und Kunst vereinigen sich noch oft zum Lächerlichen. Hofenträger als Blumenstrauß und Blumen als Kömmergläser, wie der Redner sie im Video vorführte, zeigen drastisch, wie weit manchmal der Kaufmann noch vom künstlerischen Geschmack entfernt ist. Mit diesem war Herr Prof. Schmidt auf das eigentliche Gebiet des Vortrages, die Damenmode, gekommen. Es war eine Freude zuzuhören und zuzuschauen, wie in fesselnder Abwechslung von Wort und Bild ein Stück Kunstgeschichte und Geschmacksverwirrung vorüberzog. Für den Menschen von Geschmack sei es heute schwer, etwas Passendes zu finden, die Ladenbesitzer und Verkäufer seien vielfach nicht imstande, den Anforderungen zu genügen; trotzdem seien sie nahezu beleidigt, wenn ein Kenner dieses und jenes ablehnt. „Bitte sehr, das ist doch die neueste Mode“, lautet die Antwort. Die wahre Mode ist aber das Bedürfnis der Menschen, sich nicht besonders auffallend von einander zu unterscheiden; höchstens die Landeseigenart soll zum Vorschein kommen, wie es heute schon zum Teil der Fall ist bei der Münchnerin, Berlinerin, Wienerin, die sofort ihre Herkunft in der Kleidung verraten. Der Kaufmann muß dem Käufer mit guten Ratschlägen dienen, in erzieherischem und ärztlichem Sinne auf ihn einwirken können, dann wird er den Kunden an sich fesseln. Der Mensch kleidet sich nicht nur um seinen Körper einzuwickeln, sondern auch um Sinn für Schönheit und Form zum Ausdruck zu bringen. Die Kaiserin z. B. hätte sich in anderer Tracht als dem schmalen Leibgürtel und dem künstlich bunten Halsstrang den guten Geschmack nicht anders denken können, und kein Mensch hat Anstoß an ihrer Nacktheit genommen. Der stolze Römer und die schöne Griechin hatten den Kunstsinne in der Kleidung am reinsten entwickelt; dem ersteren war es ein Bedürfnis, seine Toga in Falten zu legen, die bei jeder Bewegung des Körpers Höhe und Würde verliehen, und die Griechin verstand, aus zwei Lächern ein schönheitsvolles Gewand zu legen, ihre Formen zur Geltung zu bringen. In finsternen Mittelalter gestaltete die Lehre von der Sündhülle, das Sündhafte des Fleisches nicht, die Schönheit der menschlichen Erscheinung zu zeigen; da mußte alles durch die Mode verdeckt werden, was etwa an das jüdische Fleisch gemahnen könnte. Da wurde auch das Kosmetikum erfinden, um den Körper zusammenzuzwängen und die körperliche Entwicklung und Schönheit aufzuhalten. In zahlreichen Lichtbildern erläuterte der Redner nun alle die Veränderungen der Mode und des Geschmacks: Renaissance, Rokoko, Barockstil und nicht zuletzt die Trachten des 18. und 19. Jahrhunderts boten viel Lehrreiches und Interessantes. Der Redner behandelte dann noch die Mode und Geschmacksrichtung der Neuzeit in ausführlicher Weise, zeigte, wie überall, so auch bei der Kleidung Mode, Proportionen und Farbe übereinstimmen müssen, und wie mit einfachen Mitteln schöne Wirkungen erzielt werden können. Eine Abhandlung über Farbensinn und Farbzusammenstellung, erläutert an praktischen Beispielen, bildete den Schluß des sehr reichhaltigen Vortrages, dessen Grundtendenz immer wieder darin ausklang: Erziehung zur künstlerischen Betätigung, Geschmacksbildung sind für den Kaufmann ebenso notwendig als das Rechnen und Schreiben. Was der Kaufmann dem Publikum anbietet, muß schön, wahr und zweckmäßig sein.

**Berechtigung zum Bezug der Invalidenrente.** Zur Erlangung eines Anspruches auf Invalidenrente ist außer

der Leistung von Beiträgen der Nachweis der Erwerbsunfähigkeit (Invaliddität) erforderlich. Erwerbsunfähigkeit ist dann anzunehmen, wenn eine verheiratete Person nicht mehr imstande ist, durch ihre Kräfte und Fähigkeiten entsprechende Tätigkeit, die ihr unter billiger Berücksichtigung ihrer Ausbildung und ihres bisherigen Berufes zugemutet werden kann, ein Drittel desjenigen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen. Diese für Versicherte wichtige Vorschrift hat das Reichsversicherungsamt in einem Spezialfalle wie folgt erläutert: Bei der Beurteilung der Frage, ob im einzelnen Falle Erwerbsunfähigkeit besteht oder nicht, ist zwar davon auszugehen, daß auf die Fähigkeit zur Arbeit, nicht auf den tatsächlichen Verdienst das entscheidende Gewicht zu legen ist. Andererseits ist es aber auch ein in der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes anerkannter Grundsatz, daß ein tatsächlicher Verdienst, der die Mindestverdienstgrenze nicht unweitentlich übersteigt, die Vermutung begründet, daß Erwerbsunfähigkeit nicht besteht. Es erscheint nicht angängig, die aus verschiedenen Krankheitsursachen sich ergebenden, von einander ganz unabhängigen und nicht ineinander greifenden körperlichen Schädigungen zusammenzunehmen und auf diese Weise die Gesamteinbuße an Erwerbsfähigkeit zu ermitteln. Es müssen vielmehr für die betreffende Person in Betracht kommenden Lohnarbeiten berücksichtigt, und es muß bei der Bewertung der Gesamteinbuße an Erwerbsfähigkeit erwogen werden, ob nicht für einzelne der Lohnarbeiten der eine oder der andere Schaden mehr oder weniger einflußlos erscheint.

**pb. Diebstahl.** Seit Anfang dieses Monats ist von einem im Klughafen liegenden Dampfer ein kupernes Dampfrohr von 3 m Länge und 40 mm Durchmesser gestohlen worden.

**pb. Fahrrad Diebstahl.** Am 22. ds. Mts. ist von dem Hanskür eines Hauses ein Fahrrad, Marke „Vadenia“, gestohlen worden. Das Fahrrad führte die Polizeinummer 2200. Es war mit Freilauf und Rücktrittsbremse versehen, hatte schwarzes Gestell und Felgen, gerade Lenkstange, neuen Sattel und Karbidlaternen.

**Neues Stadttheater.** Man schreibt uns: Morgen, Donnerstag kommt Vizet große Oper „Carmen“ zur Wiederholung. In der Titelrolle wird Frau Wuer-Marec vom Stadttheater in Kiel ein nochmaliges Gastspiel absolvieren. Die Künstlerin hatte in der letzten Carmen-Aufführung einen großen Erfolg zu verzeichnen. — Am Freitag geht das mit so stürmischen Beifall angenommene Lustspiel „Das Konzer“, vielseitigen Wünschen entsprechend, nochmals in Szene.

**Stadthallen-Theater.** Man schreibt uns: Am Freitag gelangt Friedr. von Plotows romantische Oper „Martha“ zur Aufführung.

**Hamburg.** Zur Arbeitseinstellung kam es gestern bei den Arbeitern der Firma Siemens-Schuckardt auf den Unterstationen in der Reichstraße. Dort besteht nach der zehnjährigen Arbeitszeit, während für alle sonst hier in Betracht kommenden Betriebe in Hamburg bereits der neunzehnjährige Arbeitstag eingeführt ist. Schon im vorigen Jahre fanden Verhandlungen statt, um diesen Zustand zu beenden, leider ohne Erfolg. In diesem Jahre wurde nun auf neue der Antrag auf Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung gestellt; man verbot sich jedoch fortgesetzt die Arbeiter, ohne ihnen bündigen Verscheid zu geben. Die Abreise des leitenden Ingenieurs während der Verhandlungen und die klar zutage tretende Absicht der Verschleppung der ganzen Angelegenheit führten zur Arbeitseinstellung. Beteiligt sind z. B. 80 Arbeiter (Schloßer, Schmiede, Elektriker, Hilfsarbeiter). Diese eischen alle Kollegen, hiervon Kenntnis zu nehmen und den Betrieb zu meiden.

**Kiel.** Ablehnung der Biersteuer. Die vom Magistrat beantragte Biersteuer wurde von den Stadtverordneten mit allen gegen 5 Stimmen abgelehnt, von dem Magistrat einstimmig angenommen.

**Kiel.** Die Städte und die preussische Wahlreform. Bei der Beratung des Theater-Gesetz in der Sitzung der städtischen Kollegien in Kiel fragte der Stadtverordnete Adler den Oberbürgermeister, ob er davon unterrichtet sei, daß am Sonntag, den 30. Januar im städtischen Theater 40 Schulkinder untergebracht worden sind, um von hier aus auf friedlich vorüberziehende Wahlrechtsdemonstranten losgelassen zu werden. Der Oberbürgermeister erklärte, daß dies mit seinem Wissen und Willen geschehen sei und er würde auch künftig, wenn der Polizeipräsident darum beantragt, die Unterbringung von Polizisten in städtischen Gebäuden gestatten. Dann erhob sich der Stadtrat Nissen, ein Bruder des zu trauriger Berühmtheit gelangten Stadtrats Nissen in Neumünster und machte den Leitern der Demonstration den Vorwurf, daß sie sich hinter den Hintertüren verstecken. Er erhob die unwahre Beschuldigung, daß in Kiel die Polizeibeamten von den Demonstranten mit Steinen und Flaschen geworfen worden seien und erklärte zum Schluß, die Wahlrechtsdemonstranten müßten von der Polizei noch viel mehr auf den Kopf haben. Der Genosse Adler versetzte nicht, die echt christliche Handlungsweise dieses Mannes, der im Privatleben ein sehr frommer Christ sein will, ins gehörige Licht zu setzen. Von den bürgerlichen Vertretern nahm niemand an den Erklärungen des Oberbürgermeisters und des Stadtrats Nissen das Wort; selbst der reichsuniversitäre Landtagsabgeordnete Hoff nicht. Die Sozialdemokratischen Stadtverordneten in Neumünster haben an den Regierungspräsidenten das Gesuch gerichtet, die Herren Stadtrat Nissen und Polizeikommissar Gutzmann aus ihren Ämtern als Polizeibeamte zu entheben.

**Bremen.** Zum Fall Holzmeier wird uns geschrieben: Der bremische Lehrer Holzmeier, der der Führer des radikalen Flügels der bremischen Volksschullehrer ist, befindet sich schon seit Jahren in einem ständigen Kampfe mit seiner vorgesetzten Behörde. Dieser fortgesetzte Streit hatte sich inzwischen zu einem Disziplinarverfahren verdichtet. Hierzu trug vornehmlich folgender Vorfall bei. Holzmeier hatte in einer Resolution den früheren Vorstand des bremischen Lehrervereins beschuldigt, er habe die „Würde“ des Vereins gegenüber der Behörde nicht genügend gewahrt. Darin erblickte der Senat als vorgesetzte Behörde eine Beleidigung für sich, da eine Behörde niemand unwürdig behandle. Dann ist Anklage gegen Holzmeier erhoben worden, weil er nicht nach der Vorschrift den Schulunterricht morgens mit Gesang und Gebet eröffnet, es vielmehr als eine „würdelose Posse“ bezeichnet hat, wenn er das auf Kommando tun müsse. Als dritter Anklagepunkt kommt das Benehmen Holzmeiers in dem neu geschaffenen einklassigen Schulkonvent hinzu. Holzmeier hatte in einer Konventsitzung eine Reihe von Anträgen gestellt, u. a. einen, worin verlangt wird, daß der Lehrer nicht zur Teilnahme an den „sogenannten“ patriotischen Schulfeiern gezwungen werden dürfe, da der Zwang dazu zu politischer Heuchelei führe. Wegen dieser Punkte hatte sich Holzmeier am Montag vor dem Disziplinargericht zu verantworten. Nach längerer Verhandlung wurde, wie bereits gestern mitgeteilt, auf Dienstentlassung erkannt. Holzmeier hat die

Kosten des Verfahrens zu tragen. Es wurde ihm aber Hälfte des zulässigen Ruhegehalts auf die Dauer von drei Jahren zugewilligt.

**Oldenburg.** Ein dreifacher Mord ist in der Nacht zum Dienstag hier verübt worden. Der 20jährige Hilfsarbeiter Tenker hat seinen Vater, sein Mutter und seinen älteren Bruder mit einem Messer erschlagen. Tenker wurde gestern morgen wegen eines Wilder-Diebstahls bei seiner Tante verhaftet und zur Polizei geführt, wo er die ersten Angaben über die Tat machte. Die Polizeibeamten lehrten darauf in die Wohnung zurück und fanden die drei Leichen. Tenker will bei der Tat noch 2 Komplizen gehabt haben, einen Tischler namens G. Friedrichs und einen Schlosser Sander, beide aus Bremen. Tenker behauptet, daß Sander die Mordtat begangen hat. Eine Gerichtskommission begab sich gestern an den Ort des dreifachen Mordes. Die Bewohner der übrigen Stockwerke des Hauses haben nichts von den Vorgängen bemerkt. Man ist der Ansicht, daß der Mörder sich in Geldverlegenheit befand und deshalb auch den Diebstahl bei seiner Tante begangen hat. Es wurde festgestellt, daß der Mörder Quittungen im Namen seines Vaters, der Kassierer eines Kriegervereins war, vorlegte und sich die Beträge auszahlen ließ. Das Geld hat er für sich verwendet. Die Kommission forschte eifrig nach den angeblichen Komplizen, konnte jedoch nichts feststellen. Man neigt daher der Ansicht zu, daß der Mörder die grausige Tat allein verübt hat.

## Theater und Musik.

**Neues Stadttheater.** „Strandflieder.“ Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann. Am Strande von Hela leben sie, von irgendeiner mittelbösen Welle dahingespült, armselig, in härtester Knechtschaft. Täglich schichten sie den großen Holzstoß, dessen Flammen den nächtlichen Schiffern den Weg zeigen sollen, und staunen dabei von dem unbekanntem Lande, dem sie entstammen, träumen von Sonne und Freiheit und klagen ihre Schmach in Liedern aus. Und so elend und zerklüftet sie unter der harten Faust der Helaleute feukzen, ein Lichtpunkt ist ihrem Leben doch beschieden, eine Quelle von Wärme und Liebe: Melibe, eine Unfreie wie sie, die im Hause der Rynkeföhne Gregor und Heimeringl weilt, die Schöne, Stütze, die das Leben der Strandflieder zu lindern sucht und ihrer Schmach die tönenden Schwingen leiht. Zwischen den Rynkeföhnen auf Hela und dem Falkner auf Rugig herrscht Huld und Liebe. Der alte Rynkeföhne ist trotz Ordensgeleites vom Falkner erschlagen worden, und das vergossene Blut heischt Vergeltung. Und so dulden die Söhne des Ermordeten, daß die Helaleute in jeder Sturmnacht falsche Feuerzeichen geben, die die Schiffe ins Verderben locken. Von dem Raube nehmen die beiden nichts; sie warten nur darauf, daß eine Sturmnacht ihrer Rache Genüge tue. Und nach vierzehn Jahren ingrimigen Harrens ist die Blutschuld endlich beglichen. Aber die wilde Falknerstochter Brigolla erhebt Klage wegen des Mordes an ihrem Vater beim Komtur von Danzig. Der kommt selbst herüber nach Hela, um zu richten, und selbst lautet sein Spruch: Um die Todfeindschaft zwischen Hela und Rugig aus der Welt zu schaffen, soll einer der jungen Rynkeföhne mit der Falknerstochter vermählen. Dann kehrt sich die Feindschaft in Liebe, so ist die Geschlechterfehde beendet; vernichten sich die Familien in gegenseitigem Haß, nun, so hat das Land auch Ruhe bekommen. Heimeringl, der jüngere, sanftere Bruder, in dessen Herz die Liebe zu Melibe lebt, wird von dem älteren bestimmt, die wilde Brigolla zu ehelichen, denn an Gregors Fingern klebt das Blut des alten Falkners. Doch die Heirat der beiden Ungleichartigen schlägt nicht gut aus. Brigolla spottet des sanfteren Gatten. Mehr und mehr entbrennt eine dämonische Leidenschaft zwischen ihr und dem wilden Schwager. In einer Winternacht fallen sich die beiden in die Arme. Herr Heimeringl ist zum Komtur nach Danzig befohlen worden. Er darf nicht lebend wieder zurückkommen. Das falsche Strandfeuer soll Brigolla und Gregor den Weg zum Glück freimachen. Mit eigenen Händen schichten sie den Holzstoß auf. Doch Melibe hat sie betrauert. Und mit Hilfe der Strandflieder läßt sie das richtige Kanal aufflammen. Heimeringl, der in Danzig zum Ritter geschlagen wurde, landet sicher am heimischen Strande. Verfürt entziehen die Schuldigen aufs Meer, das sie bald verflüchtigt. Der Heimkehrende aber verkündet den Strandfledern, daß der Orden sich ihrer annehmen will und daß Melibe, wie ein bei ihr aufgefundenes Schmuckstück ergeben hat, ein Fünftelkind, dem Geliebten also mehr als ebenbürtig ist.

Es sind starke Akkorde, die Sudermann hier anschlägt; aber sie wecken kein lautes Echo in unserer Brust. Sie treffen keine Stelle, die mitschwingen kann. Denn trotz allem Lärm und aller Fülle der Geschehnisse entbehrt das Schauspiel doch der dramatischen Seele. Die weht allein in Willenskonflikten, in dem machtvollen, Leid schaffenden Anprall eines Willens an einen stärkeren oder an eine höhere ethische Ordnung. Doch dazu finden sich hier immer nur Anfänge. So ist z. B. der Gerichtstag auf Hela dramatisch wirksam gestaltet und ebenso die leidenschaftliche Szene zwischen Brigolla und Gregor zu Anfang des dritten Aktes. Aber diese Anfänge verkümmern nur zu bald, werden immer nach der Seite des rein Effektvollen entwickelt. Immer wieder triumphiert der Theatraliker über den Dramatiker. Und dann, was unwillkürlich auffällt: Das Fehlen jeglicher in den Mann zwingender Stimmung. Trotz Sturmestrafen und Flammenzeichen, trotz Sehnüchtlieder und Nachschreie, Romantik und stark betonter Gefühlserregung erscheint das Schauspiel innerlich leer, spinnt hier nirgend jener holde poetische Zauber, der einer Dichtung auch bei allem Mangel an Dramatik eine tiefere Anteilnahme sichert. Kulisse, immer wieder kalte Kulisse. Hier, wo kein starkes intellektuelles Interesse im Zuschauer mitwirkt, wo keine glänzenden Thelen und Antiheljen, kein pointenreicher, fein geschliffener Dialog fesselt, hier erkennt man so recht, wie blutarm, wie lebensfremd und aufs äußerliche gerichtet Sudermanns Muse im Grunde doch ist. Und daß das Publikum durchweg so empfand, davon sprach der auffallend matte Beifall, der sich in fast ausverkauften Hause nach den Aktschlüssen regte. Das war höchstens ein Achtungserfolg.

Und trotz der überwiegend ausgezeichneten Wiedergabe trotz aller Anstrengung und allen Geschicks des inzentehenden Herrn Kurtzholz, dämonisch voll zunehmender Leidenschaftlichkeit, kraftsprühend in jedem Nerv erlösch die Brigolla des Hrn. Wetke. Wild und wichtig der Gregor des Herrn Holstein. Kraftvoll und doch vornehm natürlich zeichnete Herr Stahl-Nachbaur den Heimeringl. Die Wärme und den schlichten Liebreiz ihres Spieles entfaltete Hrn. Walter auch als Melibe wieder. Impetuosierend im Auftreten erschien der Komtur des Herrn Brunow. Und fein zurettend charakterisierte Herr Laube den alten Knecht Kaspar. Aber ob aller Fleiß und alles Talents in der Wiedergabe dem Stück ein längeres Bühnenleben anzuhauchen können?

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Stellung für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: Th. Schmarck. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Amstdd. z. 1. April abgchl. gr. B. 3.  
Wohn. m. Zubeh. z. vnt. Brichstr. 7.1.  
Def. z. mitte April 1 Wohn. von  
8 B. u. Zubeh. in c. Gartenh. i. d.  
Nähe d. Strakenb. z. Nr. d. 850 Nr.  
d. 2 ruh. Damen. Ang. u. M. G. 3. G. v.  
**Partoffelland** zu vermieten  
(Zettland).  
J. Kloth, Etoceladorf.

**Guterh. Schraubstock**  
zu kaufen gesucht.  
Angeb. u. SH an die Exp. d. Bl.  
Post neuer Ständerwagen u. gut-  
erhaltener Gehrock zu verkaufen  
Schwartau, Lübeckstraße 7.

**Ein Sofa Tisch**  
zu verkaufen Nativstraße 27.  
Wickelformen, 2 Labakpressen,  
1 Arbeitstisch, 1 Ruhe (2 m Front)  
zu verk. Albert Meyer, Cnaelgar 80.

Darleh. Vertriebsf., Wangelb  
an jed. Mann u. gütst. Beding.  
A. Reiche, Breiterstr. 51, II. Et.,  
2ter Aufgang.

**Empfehlungstafeln** ::  
werden hergestellt in der  
Buchdruckerei des Lüb. Volksboten.  
Johannisstraße 46.

Ja. Hofbutter pr. Rfd. 1.40 Mk.  
10 Stück frische Eier 60 Pfg.  
empfehlen  
Wilhelm Süfke, Warenvorpstr. 25.

**Feinste Ektartoffeln**  
Nr. 5.50; hochfein gelbflechte  
Magnum bonum, französische und  
Gesellschaftsartoffeln, billig, frei  
Haus. Wiederverkäufers Aus-  
nahmepreise. Empfehle noch einen  
kleinen Kasten Zutterartoffeln.  
C. Heese, Weierstr. 26, T. 1440

**Salon-Briffetts**  
Abnahme von 5 Btr. a 3tr. 95 Pf.,  
ab Bahn frei Haus. Bestellungen  
nehme bis morgen Donnerstag ent-  
gegen. C. Prestin, Wiedestr. 33.  
Kopf und Bein pro Rfd. 25 Pf.  
M. Labrtz, Böttcherstr. 16.



Hochfeine  
**Matjes-Heringe**  
soweit Vorrat reicht  
pro Stück 10 und 15 Pfg  
H. H. Holtermann,  
Marktwiese 4.

**Siner sage es  
dem anderen!**  
Den besten u. billigsten  
**Sohlen-Ausschnitt**  
kauft man in der Lederhandlung  
von  
**Wilhelm Grube,**  
28 Bühlhausen 28.



**HANSA**  
**Puddingpulver**  
ist das Beste!  
Nährmittel-Fabrik „Hansa“  
Hamburg.  
Für 50 „Hansa“-Düten erhalten  
Sie eine Dose ff. Kakes gratis.  
Hans Wilms, I. Wallstraße 15 a.  
Telephon 2065.

**Achtung!**  
**Zentralverband der Maurer,  
Zimmerer u. Bauhilfsarbeiter!**  
Hilfszahlstelle Schlutup.

**Extra-Versammlung**  
am Sonntag, dem 27. Februar  
nachmittags 3 Uhr  
bei Herrn Freese, „Gasthof zur Linde“.  
Tagesordnung:  
1. Die diesjährige Lohnbewegung und die Tarifverhand-  
lungen mit dem Arbeitgeberverband für das Bau-  
gewerbe zu Lübeck.  
2. Bericht von den Verhandlungen.  
Der wichtigen Tagesordnung halber müssen alle Kollegen von  
Schlutup und Umgegend erscheinen.  
Die Zweigvereinsvorstände.

**Lübecker Genossenschafts-Bäckerei.**

Einladung zur Feier des  
**21. Stiftungs-Festes**  
der  
Lübecker Genossenschafts-Bäckerei  
am Montag, dem 28. Februar 1910  
im Gewerkschaftshaus, Johannisstrasse 50-52  
bestehend in  
Konzert, Rezitationen u. Gesangsvorträgen  
unter freundlicher Mitwirkung des Herrn von Schenk  
nebst Frau (Mitglieder des hiesigen Stadttheaters).  
Lokalöffnung 7 1/2 Uhr. Anfang 8 Uhr.  
Der Aufsichtsrat und Vorstand.

**Lübeck, auf dem Burgfeld.**  
Nur ganz kurze Zeit.  
**Eine absolute Neuheit !!**  
Eröffnung Donnerstag, den 24. Februar,  
nachmittags 5 Uhr.  
Mit Sonderzug, 20 Eisenbahnwagen, eingetroffen.  
**Haases**  
**Elektrisch konzentrische  
Stufenbahn**  
im Prachtbau.  
Vornehmstes Familien-Vergnügungs-Etablissement  
des Kontinents.  
**Monumental-Prachtbau.**  
Märchenhafte Ausstattung! Feenhaft Beleuchtung!  
4000 Glühlampen, 44 Bogenlampen!  
Die schönste und größte Konzertsorgel der Welt  
mit den neuesten Schlagern.  
Jeden Mittwoch und Sonnabend von 4-7 Uhr nachmittags:  
**Großes Kinderfest.**  
Büfett mit Erfrischungen aller Art.  
Geöffnet an den Wochentagen von 4 Uhr nachmittags  
bis 11 Uhr abends.  
Sonntags von 3 Uhr nachmittags bis 11 Uhr abends.  
Gegen jedes Unwetter geschütztes Unternehmen.

**Carl Folkers**  
**Möbelmagazin**  
25 Marlesgrube 25.  
Vollst. Wohnungseinrichtungen.  
Selbstgefertigte Arbeiten.  
Größte Auswahl.  
Billigste Preise.  
Weitgehendste Garantie.  
Zimmereinricht. stets vorrätig.  
Lieferung frei Haus  
auf eigenem Möbelwagen.  
: Teilzahlung gestattet :  
Bei Barzahlung Rabatt.  
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.  
Parie neue elegante  
**Herren- und Jünglings-Anzüge**  
Wert bis 42 Mk., jetzt a. Aus-  
suchen 16.50 Mk.  
Bestergrube 24, Zaden.

Herren-Sohlen 2.00 Mk.  
Damen-Sohlen 1.30  
Herren-Abfäße 70 Pfg.  
Damen-Abfäße 50  
Kinder-Sohlen u. Abfäße v. 1 Mk. an  
Johannes Volk, Siefstr. 90.

**Sozialdemokratisch. Verein**  
**Schwartau-Reniefeld.**  
**Versammlung**  
Donnerstag, 24. Febr.  
im Gasthof Trausvaal (R. Pinter).  
Tages-Ordnung:  
1. Beibehaltung des Wahlkörpers.  
2. Beschlußfassung über die Ratzefer.  
3. Einführung der Verhältniswahl.  
4. Berichtigung.  
Um zahlreichen Besuch eruchtet  
Der Vorstand.

**Achtung!**  
**Zentralverband d. Maurer**  
**Bau delegierten-Sitzung**  
am Donnerstag, 24. d. M.,  
abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Alle Bauten müssen vertreten sein.  
Der Zweigvereinsvorstand.

**Hansa-Theater**

Anr bis 27. Februar  
täglich 8 Uhr:  
**Ein ruhiges Zimmer  
zu vermieten.**  
Pantomimen-Ges. Maory  
(7 Personen).  
**5 Romantiques**  
4 Bernhardt, 3 Cornells,  
2 Percell, Feld, Kastenborn,  
Libellen.

**Stadthallentheater.**  
Freitag, 25. Februar. 7 1/2 Uhr.  
**Martha.**  
Oper von Fr. von Flotow.  
Vorverkauf täglich in den bekannten  
Stellen bei Nagel, Markt 14 und  
Rab, Kohlmarkt 13.

**Neues Stadttheater.**  
Donnerstag, 24. Febr. 7 1/2 Uhr.  
Doll-Ab. 138. Donnerstag-Ab. 22.  
Gastspiel Louise Buers-Mark  
vom Stadttheater in Kiel.  
**Carmen.**  
Carmen. Louise Buers-Mark a. G.  
Freitag, 25. Febr. Ab. 7 1/2 Uhr.  
**Das Konzert.**  
Lustspiel von Hermann Bahr.  
NB. Die verehrlichen Abonnenten  
werden höfl. ersucht, die letzte  
Abonnements-Rate von Donner-  
stag, 24. Februar, bis inkl. Sonn-  
abend, 26. Februar, gegen Em-  
pfangnahme der Abonn.-Karten in  
der Theater-Kanzlei von 10-1 Uhr  
und 5-7 Uhr einzuzahlen.

**Unübertroffen**  
ist der  
**Echt dänische Kautabak**  
der Firma: C. W. Obel, Aalborg.  
Größte Fabrik Dänemarks.  
General-Vertretung und Engros-Verkauf für Deutschland:  
N. Holm & Co., Altona, b. gr. Jäger 24.

Zu haben in Lübeck bei:  
Carl Lohmann, Holstenstr. 41 (Ecke Obertrave 1).  
Carl Wittfoot, Huxstrasse 18.  
H. Schering, An der Mauer 104.

**Knorr's**  
**Hahn-Maccaroni**  
unübertroffen!

**Knorr's**  
**Suppen.**  
fix und fertig-3Teller 10Pfg.  
Jedes Paket enthält 1 Gutschein. Jeder Umschlag gilt als Gutschein.

Schmiedestr. 20. **Tonhalle** Schmiedestr. 20.  
(Pariser Kinema)  
Zoologischer Garten in Antwerpen (Natur). — Fang des Wären.  
Schmann ist da. — Der Pechvogel. — Das Zintensjaf.  
Verpäteter Brantigam.

**Simone.**  
**Der gute Chef.**  
**Film als Wahrheitsbeweis.**  
Die Standuhr. — Der denkende Mensch. — Die Zigaretten als Heiler.  
Die Direktion.

## Vom Sklavemarkt der Agrarier.

Die Deutsche Feldarbeiter-Zentralstelle Berlin, dieser von der Regierung mit so großen Vorrechten ausgestattete agrarische Arbeitsnachweis hat in Deutschland eine ganze Reihe Filialen, von denen aus den Agrariern die Landarbeiter in ganzen Scharen aus dem Auslande zugeführt werden. Vor uns liegt ein Prospekt der Feldarbeiter-Zentralstelle, der von dem Arbeitsnachweis der Landwirtschaftskammer für das Herzogtum Braunschweig den Agrariern zugestellt worden ist. In diesem Prospekt werden den durchweg wohlhabenden, ja reichen Bauern des Braunschweiger Landes für das Jahr 1910 Landarbeiter und Arbeiterinnen zum Kauf angeboten.

Für die mindestens 12stündige Arbeitszeit einschließlich der Essenspausen wird nach dem Prospekt an Lohn den Arbeitern bezahlt:

Für Wanderarbeiter aus Rußland (fast ausschließlich Polen), Tagelohn wöchentlich oder zweiwöchentlich zahlbar.

	Tagelohn:	während der Ernte (6 Wochen)
a) für Vorarbeiter die sich deutsch verständigen können bei Trupps von über 25 Personen	2,25 Mk.	2,75 Mk.
b) desgleichen bei Trupps von 15-25 Personen	2,- "	2,50 "
c) für den ersten Arbeiter des Trupps, wenn kein Vorarbeiter gestellt wird.	1,80 "	2,30 "
d) für Männer und starke Burschen, die mähen können.	1,70 "	2,20 "
e) für andere Männer und starke Burschen	1,40 "	1,80 "
f) für Frauen, Mädchen und schwächere Burschen.	1,20 "	1,60 "

Ein kräftiger Mann erhält also wöchentlich 8,40 Mk. an Barlohn. Dazu hat der Agrarier dem Arbeiter an Naturalien wöchentlich zu liefern 25 Pfd. Kartoffeln, 7 Liter Magermilch oder 3 1/2 Liter Vollmilch (täglich 1/2 Liter), 1 Pfd. Mehl. Von diesen Naturalien dürfen die Arbeiter aber nichts verkaufen. Abfälle und Rückstände gehören dem Arbeitgeber. Seht man diese Naturalien in Geld um, so erhält der vollkräftige Landarbeiter einen Gesamtwochenlohn von 9,50 Mk. oder einen

Stundenlohn von 18,2 Pfg.

Zwar erhält der Landarbeiter auch noch eine freie Lagerstatt, allein wie diese beschaffen ist, weiß jedermann, der die Leute schon einmal in ihrer Behausung besucht hat.

Von dem Tagelohn kann der Arbeitgeber wöchentlich und zwar 10 Wochen lang 3 Mk., bis zum Betrage von 30 Mk. gegen Kontraktbruch zurückbehalten.

Die Wanderarbeiter aus dem östlich von Thorn belegenen Grenzgebieten Rußlands erhalten noch geringere Barlöhne; kräftige Männer bekommen nur 90 Pfg. bis 1 Mk. Tagelohn, also 6 Mk. Wochenlohn, von dem die Hälfte 18 Wochen lang als Kautionsrückbehalt wird. Naturalien erhalten diese Leute wöchentlich im Werte von 4,30 Mk.

Wanderarbeiter, starke Männer aus Galizien werden zu einem Wochenlohn von 6 Mk. und einem Naturallohn von 3,20 Mk., also zu einem Gesamtwochenlohn von 9,20 Mk. angeboten; Wanderarbeiter aus Oberungarn (Deutsche und Slowaken gemischt), zu einem Barlohn von 6,60 Mk. und einem Naturallohn von 3,50 Mk.

Rein slowakischen Arbeitern — immer starken Männern — aus Oberungarn wird ein Wochenlohn von 6 Mk. und ein Naturallohn von 4,80 Mk., bei Wanderarbeitern aus Südbanien ein Barlohn von 7,20 Mk. und ein Naturallohn von 3,80 Mk. gezahlt.

Die Lohnzahlung ist dabei je nach der Nationalität der Arbeiter sehr verschieden. So erhalten die Arbeiter aus Oberungarn ihren Lohn überhaupt erst nach Beendigung der Arbeitszeit im Herbst. Abschlagszahlungen sind den Leuten nur wöchentlich oder zweiwöchentlich zu gewähren, aber nur bis zur Hälfte des verdienten Lohnes. In den ersten 4 Arbeitswochen erfolgt überhaupt keine Abschlagszahlung. Die Kautionsrückbehalt wird in allen Fällen erst im Herbst zurückgezahlt.

Die Feldarbeiter-Zentrale scheint bei ihrer Arbeitsvermittlung schon reiche Erfahrungen gesammelt zu haben. Sie weiß genau, welche ausländischen Arbeiter am meisten kontraktbrüchig werden. Die slowakischen Arbeiter sind ihr am sichersten. Denn nur bei diesen verpflichtet sich die Zentrale, Ersatzarbeiter für Kontraktbrüchige, frei Wahlstation des Arbeiters zu stellen, während sie diese Verpflichtung frei Grenze bei den übrigen Nationalitäten nur dann eingiebt, wenn die Arbeiter in den ersten 14 Tagen kontraktbrüchig werden. Aberstunden sind in allen Fällen mit 15 Pfennigen (!) für Männer und mit 10 Pfennigen für Frauen, Mädchen und Burschen zu bezahlen.

Die „Verpflegung“ der Landarbeiter auf der Reise wird wie folgt berechnet:

Für einen halben Tag unterwegs in der Herberge 30 Pfg., für den ganzen Tag 60 Pfg., für ein Nachtlois 25 Pfg. Zehrgehalt wird zugestanden: bis zum Grenzamt überhaupt nichts, von hier auf 100 km bis zur Arbeitsstelle wieder nichts;

von 100 km bis 300 km 25 Pfg.  
von 300 " " 600 " 50  
über 1000 " " " 1,- Mk.

Diese Verpflegungs- bzw. Zehrgehalte werden den Arbeitern aber noch ebenso als Lohnvorschuß an gerechnet, wie eine Legitimierungsgebühr an der Grenze im Betrage von 2 Mk. für jeden Arbeiter und werden vom Lohn wieder in Abzug gebracht. Als Vermittlungsgebühr haben die Landwirte für jede Arbeitsperson nach einem spezialisierten Tarif 1-5 Mk. zu entrichten, je nach dem Lande, aus dem Arbeiter bezogen werden und je nach der Zahl der verlangten Arbeitskräfte.

## Aus der Partei.

Reichstagskandidatur. Auf einer Wahlkreis-Konferenz in Worms wurde Arbeitersekretär Genosse Engelmann zum Reichstagskandidaten für den Kreis Worms aufgestellt.

Protest gegen die Polizeibrutalität in Frankfurt a. M. Die Frankfurter Parteiorganisationen haben beschlossen, am Mittwoch in 9 Versammlungen Stellung gegen die Polizeibrutalität anlässlich der Demonstrationen zu nehmen. Die bürgerliche Presse, u. a. auch die „Frankfurter Zeitung“, nimmt von den Veranstaltungen in sympathischer Weise Notiz. Wie verlautet, sollen zur Unterstützung der dortigen Geheimpolizei 100 Berliner Kriminalpolizisten nach Frankfurt a. M. überwiesen werden, weil die dortigen schon zu sehr bekannt seien.

## Gewerkschaftsbewegung.

Streikbrecherstrafe. Der Führer der Sozialdemokraten in der mittelfränkischen Kreisstadt, Gemeindevorstandsmächtiger (Stadtverordneter) Genosse Moil, war mit 2 anderen Genossen beschuldigt, während des Ansbacher Maurerstreiks im vorigen Sommer eine Anzahl Arbeitswillige durch Beleidigungen und Drohungen eingeschüchert zu haben. Besonders dem Genossen Moil war damals in der Scharfmacherpresse ein ganz rohes und rowdymäßiges Verhalten

zur Last gelegt. In der Verhandlung stellte sich heraus, daß alles Schwindel ist, alle drei Angeklagten wurden freigesprochen. Es ergab sich dabei die interessante Tatsache, daß die angeblich mißhandelten Arbeitswilligen gar keine Anzeige erstattet haben, sondern daß der Denunziant ein hervorragender Demokrat ist.

Von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit. In der Seifenfabrik von G. N. Gäßler in Dresden wurde wegen Krankheit ein älterer Arbeiter ohne weiteres entlassen, der schon über 29 Jahre im Betriebe beschäftigt war und mit Prinzipal und Meister immer auf gutem Fuße gestanden hat. Folgendes Zeugnis wurde ihm zur Erinnerung ausgestellt und mitgegeben:

Zeugnis.  
Inhaber dieses Zeugnisses, Herr N. N. aus Dresden, war vom 1. Juni 1880 bis 1. Oktober 1909 als Arbeiter bei mir beschäftigt. Er hat sich während dieser Zeit als treu, fleißig und ehrlich erwiesen und sich durch seine gute Führung ausgezeichnet. Sein Austritt erfolgt wegen Krankheit.  
Am 10. 12. 09.

G. N. Gäßler.  
Neben dem neuen Beweis für die Harmonie zwischen Unternehmer und Arbeiter ist es besonders interessant, daß dieser Fall sich in einem Betriebe zutrug, in dem die Arbeiter bei der im Vorjahre eingeleiteten Lohnbewegung zur Erzielung besserer Löhne sich ängstlich hüteten, der Betriebsleitung wehe zu tun. Sie schlossen sich aus diesem Grunde auch dem Vorgehen der anderen Betriebe, das Gewerbegericht anzurufen, nicht an, sondern verzichteten auf weitere Schritte, um bei der Geschäftsleitung nicht anzuknurren. Und gerade der Entlassene war der eifrigste Vertreter dieser Zurückhaltung. Der Arbeiterauschuss hatte sich vergeblich bemüht, die Zurücknahme der Entlassung zu erreichen.

Unternehmerhilfe für die Bauherren. Der Verein Deutscher Arbeitgeberverbände befaßte sich in seiner kürzlich abgehaltenen Vorstandssitzung mit dem bevorstehenden Kampfe im Baugewerbe. Vaurat Felsch besprach den Stand der Verhandlungen und die Forderungen, die die Arbeitgeber glaubten aufstellen zu müssen, um die Ordnung in ihren Betrieben aufrecht zu erhalten. Als unentbehrliche Forderungen wurden verzeichnet: Die Beibehaltung der Akkordarbeit, Anerkennung der Arbeitgeberernachweise, die Bezahlung der Arbeiter nach ihren Leistungen und das Verbot der Agitation auf den Baustellen. Der Verband stimmte dem zu und versprach für den Fall, daß es in nächster Zeit zum Kampfe im Baugewerbe kommen sollte, dafür Sorge zu tragen, daß die Bauunternehmer von der Industrie und den übrigen organisierten Unternehmern unterstützt werden.

Christliche Schwindeleien. Anlässlich des vorjährigen Streiks der Spiegelglasmacher in Bayern, bei dem die christliche Organisation eine so klägliche Rolle spielte, wurden die Leiter der Bewegung, die Genossen Weiß, Girschig und Dirschel, von den christlichen Agitatoren in ihrer Presse fortgesetzt in der gehässigsten und verleumderischen Weise verdächtigt, sodas sie gerichtlichen Schutz in Anspruch nehmen mußten. Die Verleumder mußten nun in der letzten Nummer der christlichen Keramik- und Steinarbeiterzeitung folgenden Widerruf erlassen:

In Nr. 20 dieser Zeitung war die Behauptung aufgestellt, daß der Gemeindeführer Weiß in Marktredwitz beim Glasbleicherstreik im Jahre 1905 für seine Dienstleistungen gegen das Interesse der Arbeiter bei der Firma Kupfer einen Posten angetragen erhalten habe und daß er im Jahre 1909 als Spionageführer und Versammlungsarrangeur hervorragend sich betätigt habe. In der Schöffengerichtsverhandlung am 14. Januar 1910 in Köln habe ich mich überzeugt, daß diese Behauptungen der Begründung entbehren, und nehme sie daher mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

M. Fromm.  
Der Verleumder mußte sich außer zu diesem Widerruf auch zur Tragung sämtlicher Kosten verpflichten. Das „Bamberger Volksblatt“, ein Zentrumsblattchen, brachte die Mitteilung, daß der dortige Vertrauens-

## Arbeiter.

Roman von Alexander S. Kielland.  
Autorisierte Übersetzung aus dem Norwegischen von Kapitän G. von Saraum.

(21. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

„Nun ja, was liegt daran? Alfred ist vernünftig — ein Mann von Welt! Wenn er einem einfachen Mädchen den Hof macht, so wissen wir, was es zu bedeuten hat. Aber Johann! Du hast nie verstanden, wie gefährlich sein Naturell ist, wie unsäglich einseitig er ist — unter uns gesagt. Setzt er sich erst etwas in den Kopf, so ist er imstande, die größten Dummheiten zu begehen; ja es sollte mich nicht wundern, wenn er eines Tages uns sagte, er wolle sich mit einem solchen Frauenzimmer verheiraten.“

„Aber, beste Adelheide, ich bitte Dich, wie kannst Du so etwas denken! So etwas darf natürlicherweise nicht gesehen, durchaus nicht!“

„Ja, ja, ich habe viel Derartiges erlebt“, entgegnete die Frau Minister; „man sagt so lange: es ist unmöglich — bis der Schaden geschehen ist, und auf einmal sieht man bis über die Ohren im Standal. Nein, dem muß beizugehen, das ist meine Ansicht; und weg soll sie — das abscheuliche rothaarige Ding! Bedenke doch, Daniel, welch' horribler Geschmack!“

„Du weißt aber doch, daß auch Alfred —“

„Kommst Du nun wieder mit Alfred! Du hast ihn nie leiden mögen. Alfred hat etwas von einem Künstler an sich, wie viele in unserer Familie. Das rote, gegen die weiße Haut abstechende Haar — oder sonst etwas der Art, zieht ihn an. Und überdies — ich denke, Du selbst warst in dem Alter auch nicht so wählerisch — wie?“

Dies Argument war das grobe Geschütz der Frau Minister, das stets den Kampf entschied; überdies war gerade zu Tisch gerufen.

„Wo ist Alfred? fragte der Minister, als nur die Hausmamsell im Speisezimmer zugegen war.“

„Alfred! Der arme Junge! Er kommt nicht zum Essen“, erwiderte die Gattin, „er war am Vormittage hier und sagte, er wolle aus dem Ministerium sofort zu Grifsen gehen. Du weißt, zu seinem Freunde Kandidat Grifsen, der so krank ist.“

Der Minister machte in seinem stillen Sinn die Bemerkung, daß Kandidat Grifsens Krankheit sehr langwierig sei.

„Aber Hilda? — Wo ist das Fräulein, Mamsell?“ fragte die Frau Minister.

„Das Fräulein kommt sogleich“, erwiderte die Hausmamsell, „sie hat, es möge ihr gesagt werden, wenn angeht, sie ist unten in der Portierwohnung.“

„Hörst Du, Daniel!“ flüsterte die Frau Minister. „Das lästige Ding fängt nun an, sich auch bei der Schwester einzuschmeicheln.“

Als Hilda kam, wollte sie von ihrer neuen Freundin Christine erzählen, aber die Mutter wies sie kurz ab, und da sie auch bei ihrem Vater keine Stütze fand, schweig sie.

Und im Speisezimmer verhartete alle Drei während des Essens — eine verdrossene, ungemütliche Werttagessmahlzeit.

10.

Der Altermann hatte den ganzen Winter hindurch zahlreiche Briefe für Mädel zu schreiben; einmal an Christine, und dann an Andreas wegen der „Sache“, die nie ein Ende nahm. Im Kopf des Altermanns begann sich ein kleines Mißtrauen gegen diesen Onkel Andreas zu regen; es konnte unmöglich seine Wichtigkeit haben mit all diesem Gelde, das unaufhörlich gefordert wurde. Am meisten aber mißfiel ihm das, was Andreas in seinen letzten Briefen von Christine schrieb.

Es konnte aber nichts nützen, etwas Schlimmes über den Bruder zu sagen, denn es hatte bloß zur Folge, daß Mädel in Horn geriet. Deshalb mußte der Altermann alles, was Mädel erpart hatte, fortzuschicken, und als es damit ein Ende nahm, mußte er ihm behilflich sein, Geld zu leihen.

Mädel war über die „Sache“ wie besessen; er dachte an nichts anderes und jeden Tag erwartete er, es solle Botschaft vom König kommen, daß er — Mädel — recht habe.

Der Altermann mußte auch Christine die Ratschläge und Ermahnungen erteilen, deren sie, wie Onkel Andreas vorgab, bedurfte; denn Mädel verlangte auf das bestimmteste, es solle an sie geschrieben werden, ganz wie der Andreas es haben wollte, denn nur der Andreas verstände es und wäre der einzige, der für alles Rat wüßte.

Deshalb kostete es Christine viele Mühe, die Episteln des Altermanns zu verstehen; es ergriff sie aber ein unbestimmtes Gefühl, daß zu Hause nicht alles in Ordnung sei, obgleich es in jedem Briefe hieß, daß es Mädel in jeder Weise gut ginge. Noch undeutlicher aber kamen ihr die vielen Winke und Andeutungen, die ihr selber gakten, vor. So saß sie eines Tages im Februar

und grübelte über eine Stelle im letzten Briefe des Altermanns:

„Ich habe lange gelebt und vielen Kummer und Hunger gesehen aus Liebe und Betrug, wenn es einer von den feinen Leuten war, denn auf die ist kein Verlaß bei den Mädchen; aber Du sollst beten, Dein Herz möge von der kurzen Liebeslust abgewendet werden und sich einem verständigen Manne zuwenden, wenn er auch etwas alt ist, so tut es nichts, wenn es überstanden ist, wohin gegen ein gutes Auskommen nach meinem Dafürhalten der größte Gewinn und Vorteil ist, notabene auf die Dauer.“

Christine saß noch mit dem Briefe in der Hand, als sie Fräulein Hilda droben auf der Straße am Fenster vorbeigehen und in den Lärm einbürgen sah. Es war Hilda's feste Gewohnheit, bei Christine einzutreten, wenn sie aus der Stadt kam, sodas sie sich halb in Gedanken erhob und die Türe öffnete.

Hilda wollte erst vorbeigehen; nachdem sie sich aber vorsichtig nach allen Seiten umgesehen hatte, huschte sie hinter und schloß die Türe hinter sich.

Christine betrachtete sie erstaunt.

„Du mußt niemand sagen, daß ich hier gewesen bin, Christine! Mama hat es mir verboten, zu Dir zu gehen!“

„Weshalb?“ fragte Christine ernst.  
„Das kann ich Dir nicht sagen“, erwiderte Hilda und sah zur Seite, „aber ich glaube gewiß, daß es nicht wahr ist, was Mama sagt.“

„Was sagt Deine Mutter?“ wiederholte Christine in demselben Tone.

„Ach nein, frage mich nicht, Christine!“ — bat Hilda und wollte wieder gehen.

„Ich will es wissen“, sagte Christine und faßte sie am Arm.

„Sie sagt, wir kämen zu oft hierher —“

„Wer?“

„Ich — und — und —“

„Und? — wer sonst?“

„Die Brüder, namentlich Johann, sagt die Mutter, ich glaube es aber gar nicht; ich bin nur so bange vor Mama.“

Christine ließ sie los, und da Onkel Andreas gerade eintrat, schlüpfte Hilda wieder hinaus — verwirrt und unglücklich über das, was sie getan hatte.

(Fortsetzung folgt.)

mann des (freien) Bauhilfsarbeiterverbandes 80 Mk. unterlagern und für sich verwendet habe; die Sache habe bereits der Staatsanwalt in Händen. Das „wahrheitsliebende“ Blatt machte sich später zu folgendem Widerruf bequemen:

(Untrue.) Wir haben unter dieser Epithete in Nr. 88 des „Volkblatt“ die Nachricht gebracht, daß der Vertrauensmann des hiesigen sozialdemokratischen Bauhilfsarbeiterverbandes die einflussreichen Gelder im Betrage von etwa 80 Mk. für sich verwendet habe und die Sache der Staatsanwaltschaft angezeigt sei. Diese Nachricht ist in allen Teilen irrtümlich und unwahr und nehmen wir sie mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

In Bamberg entfaltete der Deutsche Textilarbeiterverband unter den dortigen schlecht organisierten und wenig bezahlten Textilarbeitern gegenwärtig eine lebhafte Agitation, um sie für die Organisation zu gewinnen. Das erregte — wie immer — den Neid der christlichen Organisation. Durch kolossales Aufschneiden und Schwindeln wollten sie den deutschen Textilarbeiterverband als leistungsfähig hinstellen und in Mitleid bringen. Sie brüllten sich, durch ihr Eingreifen die Zurückziehung einer Teuerungszulage verhindert zu haben. Diesen Schwindereien setzten nun die Mechanische Seilerwarenfabrik, wo die christliche Organisation die großen Erfolge erreicht haben wollte, einen recht unangenehmen Dämpfer auf, indem sie im dortigen Zentrumsblatt erklärte,

„daß die Beibehaltung der einmal eingeführten zehnprozentigen Teuerungszulage feststehender Grundlag ist und deren Zurückziehung weder von der Direktion noch vom Aufsichtsrat angeregt wurde. Es ist also nicht zutreffend, daß die Weiterbewilligung dieser Teuerungszulage erst der Tätigkeit des Christlichen Textilarbeiterverbandes zu verdanken sei.“

Die Christlichen bleiben also ihrem alten Grundsatz treu: Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip.

**Anherodentische Generalversammlung des Verbandes der Maler.** Die Generalversammlung tagt im Dresdener Volkshaus; besucht sie von 61 Delegierten, den Vorstandsmitgliedern und dem Vorsitzenden des Ausschusses sowie den hiesigen Bezirksleitern des Verbandes. Der Vorsitzende Zöbeler nimmt in seiner Begrüßungsrede Bezug auf die Versammlung, die vor 25 Jahren in Dresden tagte und zur Gründung des Zentralverbandes führte. Zur Illustration der Entwicklung des Verbandes führt Redner aus, daß auf der ersten Generalversammlung 1856 25 Orte mit 1100 Mitgliedern vertreten waren, während auf der heutigen 265 Orte, die über 30000 Mitglieder umfassen, vertreten sind. Mit dem Aufschwung des Verbandes steigerte sich auch sein Einfluß auf die Regelung der Arbeitsverhältnisse, der erst vor wenigen Wochen zum Abschluß eines Reichstaxistars geführt habe. Über diesen Tarif haben sich nun innere Kämpfe entsponnen, da eine Anzahl Kollegen sich als entschiedene Gegner bekannnten und dem Vorstände die Gefolgschaft verweigerten; aus diesem Grunde mußte diese Generalversammlung stattfinden. Redner hofft, daß durch eine gütliche Aussprache alle Differenzen schwinden und die Minorität sich der Majorität füge. Den Vorstandsbericht über die Tarifverhandlung und Abstimmung über den Reichstaxistar trägt Zöbeler. Redner betont, daß die grundsätzliche Zustimmung zur Tarifverträge auf der Kölner Generalversammlung festgelegt ist, auch wenn er sich über ganze Bezirke oder das Reich erstrecken sollte; trotzdem sei die Opposition dagegen. Die Opponenten begründen ihre Haltung mit der Befürchtung, daß durch den einheitlichen Tarif und durch seine Schematisierung in Zukunft die Fortschritte des Verbandes gehemmt würden. Bei Abschluß des Reichstaxistars hat der in Süddeutschland bestehende Normaltarif zur Grundlage gedient. Obgleich nun der Reichstaxistar nicht alle berechtigten Forderungen der Kollegen erfüllte, sei es doch verfehlt, wenn die Generalversammlung seine Wiedererhebung beschließe. Redner schildert die großen Schwierigkeiten, die bei der aufzukommenden Lohnstatistik zu überwinden waren. Von 39000 Mitgliedern haben sich nur 25000 an der Beantwortung der Fragebogen beteiligt, die Forderungen der Kollegen waren äußerst verschiedenartig. Wie sie den Arbeitgeber bekannt wurden, erhoben sie ein Geschrei und erklärten, sie seien unerfüllbar. Das Versprechen der Unternehmer, in allen Orten Stellung zu diesen Forderungen zu nehmen und dem Vorstände das Resultat mitzuteilen, ist nicht eingelöst worden. Erst durch die Presse erfährt der Vorstand, daß der Malertag in Dresden beschloffen habe, seine Lohnverhöhung zu gewähren. Der Vorstand erklärte demgegenüber, daß an keinen Tarifabschluß ohne Lohnverhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit zu denken sei; später hat er sich jedoch der Situation fügen müssen, doch immer noch versucht, die möglichsten Vorteile für die Gesamtheit zu erreichen. Auch gegen die Zustimmung des Herrn Dr. Weisen als Unparteiischen habe der Vorstand protestiert, ohne jedoch damit bei den Arbeitgebern durchzudringen. Weitere Schwierigkeiten lagen darin, daß man bezüglich des Entwurfs auch Einheitlichkeit mit den Christlichen und Pirsch-Dunkerschens zu erreichen strebte. Redner geht dann auf die Tarifbestimmungen ein. Die Opposition sei besonders in Hamburg scharf, weil dort bisher ein Minimallohn existierte, unter dem kein Unternehmer zahlen durfte. Es war aber unmöglich, eine solche Bestimmung in den Reichstaxistar hineinzubringen. Redner zeigt aber an der Statistik, daß von den minder günstigen und scharf kritisierten Bestimmungen des Reichstaxistars nur ein ganz geringer Prozentsatz der Kollegen betroffen würde. Gegenüber der Gesamtheit der Lohnverhältnisse stelle der Tarif entschieden eine Verbesserung dar. Die Gründe der Hamburger seien teils keine sachlichen, teils Gründe nur lokaler Natur. Redner geht dann auf die Einzelheiten des Tarifs ein und bespricht die getroffene Regelung der Nachtstunden, die Leistungsstufen und den Agitationsparagrafen. Zum Schluß erörtert er die Möglichkeiten eines Kampfes mit dem Unternehmertum. Die Sachlage war so, daß ein Teil der Unternehmer sehr gern eine Ausperrung gehabt hätte. Der Vorstand habe getan, was er im Interesse des Verbandes tun mußte, deshalb sehe er der Kritik und dem Urteil der Generalversammlung mit Ruhe entgegen. Er habe das Vertrauen in die Einsicht der Mitglieder, daß sie schädliche Absplitterungsdrohungen nicht zur Tat werden lassen. — Es liegen zu diesem Punkt außer einer Resolution des Vorstandes sehr scharfe Protestresolutionen von Hamburg und Danzig vor. In den beiden letzteren wird die Annullierung des Reichstaxistars durch die Generalversammlung gefordert. — In der gestrigen Sitzung wurde der Reichstaxistar gegen 2 Stimmen, die Vorstandesresolution mit 66 gegen 19 Stimmen angenommen; die anderen Resolutionen wurden abgelehnt.

**Arbeitermord in Philadelphia.** Bei einem „Aufruhr“ der streikenden Straßenbahnangestellten in Philadelphia ist nach dem W. L. N. am Montagabend ein Ausständiger getötet worden. Der Führer des Ausstandes wurde verhaftet. Die Erregung hat solchen Umfang angenommen, daß man noch vor Ende dieser Woche einen allgemeinen Ausstand aller Arbeiterverbände erwartet, welche hunderttausend Menschen umfassen.

## Aus dem Gerichtssaal.

**Der Prozeß gegen den Bauunternehmer Kern** wurde am Montag nach zehntägiger Verhandlung mit einer neuen Ortsbesichtigung durch die Sachverständigen und einer etwa einstündigen Urteilsberatung zu Ende geführt. Das Urteil, das um 11 Uhr nachts verkündet wurde, spricht gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten aus und die Belastung mit den Kosten. Das Urteil ist begründet aus den §§ 330 und 220 St.-G.-B. (Verstoß gegen die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst in Verbindung mit fahrlässiger Körperverletzung und Tötung.) Das Urteil gründet sich auf einer Reihe von Verköstigungen, die einzeln aufgeführt werden und die im Zusammenhang und für sich den Regeln der Baukunst widersprechen. Bei der Strafaussprechung wurde berücksichtigt, daß die Katastrophe mehrere Tote und zahlreiche Verletzte zur Folge gehabt hat. Der Staatsanwalt hatte ein Jahr Gefängnis beantragt.

**Militärjustiz.** Vor dem Düsseldorf'schen Kriegsgericht hatte sich am Montag der Kommandeur des 5. Infanterie-Regiments in Düsseldorf, Oberstleutnant von Frankeberg und Vorschlag, wegen Beleidigung von Untergebenen zu verantworten. Die Verhandlung endete mit der Verurteilung des Kommandeurs zu 6 Tagen Stubenarrest. Die Verhandlung fand unter strengem Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Anklagebescheid und Urteil wurden bei verschlossenen Türen verklesen. Man war sogar die Tage vorher dazu übergegangen, den Berichtsstatten zu sagen, die Sitzung würde nicht Montag, sondern erst Mittwoch stattfinden. Kurz darauf verhandelte daselbst Gericht in öffentlicher Sitzung gegen den Musikföhrer Heinrich Wisch vom 159. Infanterie-Regiment. Müllheim, Ruhr. Wisch hatte auf einem Übungsmarsche ein Stück Latte gefunden und machte damit trotz des Verbotes des Unteroffiziers einige „militärische“ Übungen. Wegen dieses harmlosen Scherzes wurde der Soldat zu 6 Wochen 1 Tag Gefängnis wegen „Beharrens im Ungehorsam“ verurteilt.

**Ein feiger und brutaler Revolverheld.** Der Futtermann Schibitz, der bei dem königlichen Domänenpächter Karl Wohl in Kottwisch (Kreis Breslau) im Dienst stand, hatte wegen Differenzen mit dem Dienstherrn seine Stellung Ende Juli vor. Jz. verlassen und war auf einem Nachbardarwinium in Arbeit getreten. Seine Frau befehlt aber die Wohnung seiner früheren Dienststelle inne. Am Abend des 7. August vor. Jahres kam Schibitz nach Kottwisch, um rückständigen Lohn, den seine Frau zu bekommen hatte, zu holen. Er bat Wohl bescheiden um die kleine Summe. Dieser aber erwiderte schroff: „Ihr bekommt keinen Lohn, ich habe von Euch mehr zu verlangen, als Ihr von mir, für Wohnungsmiete.“ Schibitz erklärte darauf, indem er das Schloß verließ: „Na wenn Sie nicht im guten zöhlen, dann im bösen, dann verklage ich Sie.“ Inzwischen war Frau Schibitz hinzugekommen und beide Eheleute entfernten sich durch den vor dem Schlosse liegenden Garten nach dem Gehäusen hin. Da ertönten kurz hintereinander drei Schüsse. Wohl hatte sie in die Luft abgegeben, um die Eheleute Schibitz, die über die Abweisung ihrer Ansprüche begreiflicherweise erregt waren, zu erschrecken. Dann folgte Wohl ihnen mit dem geladenen Revolver unter Drohungen mit Lotschützen und schoß schließlich, obwohl nicht der geringste Grund dazu vorlag, dem Schibitz in seiner Wut eine Kugel in den Nacken. Der Verletzte wurde in das Barmherzige Brüderkloster überführt, wo die Kugel indes wegen der damit verbundenen Lebensgefahr nicht entfernt wurde. Nach 14 Tagen konnte Sch. als geheilt entlassen werden. Die Kugel sitzt aber noch jetzt an der Basis des Schädels im Gammern fest, was dem Verletzten Beschwerden beim Gehen verursacht. Gegen Wohl wurde in der Folge Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung und Bedrohung erhoben. Zum ersten Verhandlungstermin, der am 15. November v. Jz. anberaumt war, überlieferte der Angeklagte dem Gericht ein ärztliches Attest, wonach er schwerer zuckerkrank und nicht verhandlungsfähig sei. Darauf wurde der Gerichtsarzt beauftragt, den Angeklagten zu untersuchen. Dies geschah und der Arzt stellte fest, daß der Angeklagte in der Tat in einem Zustande sich befand, der eine Verhandlung nicht möglich erscheinen ließ. Da er aber später die Mitteilung erhielt, daß der Angeklagte keine Änderung in seiner Lebensweise gegen früher habe eintreten lassen, daß er der Jagd obliege und Gesellschaften besuche, auch am Stammtisch bei Hansen erscheine, machte er ihm einen zweiten Besuch, und dabei stiegen im Zweifel über die Schwere der Zuckerkrankheit auf. Er hatte die Vermutung, daß der Angeklagte mit künstlichen Mitteln den Prozentfuß des Zuckers erhöht habe. Auf das neue Gutachten des Gerichtsarztes hin, das den Angeklagten für vernunftfähig erklärte, wurde auf den 26. Januar ein neuer Verhandlungstermin anberaumt. Aber auch dazu erschien der Angeklagte nicht. Er fandte auch diesmal ein ärztliches Attest, das die Unmöglichkeit bescheinigte, mit ihm zu verhandeln. Jetzt beschloß die Strafkammer keine Inhaftierung. Als am Nachmittag des nächsten Tages ein Kriminalbeamter in der Wohnung des Angeklagten erschien, um ihn zu verhaften, fand er ihn im Bett liegend vor. Er erklärte, so schwer krank zu sein, daß er unmöglich aufstehen könne. Darauf sah der Beamte von seiner Abführung in die Untersuchungshaft ab. (1) Kaum hatte er sich aber entfernt, da erhob sich Herr Wohl, kleidete sich an und ging zum Stammtisch bei Hansen. Abends fuhr er nach Kottwisch. Am nächsten Tage wurde er zur Untersuchungshaft gebracht. Jetzt erschien er, aus dieser vorgeführt, vor der zweiten Strafkammer. Wohl ist einmal wegen gemeiner Mißhandlung einer Arbeiterin mit 10 Mk. Geldstrafe vorbestraft. Im vorigen Jahre ist er weiter wegen tötlicher Verleumdung eines Stubenmädchens mit 20 Mk. in Ohlau bestraft worden. Die Anklage war zunächst wegen verächtlichen Sittlichkeitsverbrechens erhoben, das Verfahren aber eingestellt worden, und es war schließlich nur die Anklage wegen tätlicher Beleidigung übrig geblieben. In diesem Verfahren hat der Angeklagte sich ebenso wie in dem jetzigen durch Einsendung von Krankheitsattesten der Verhandlung zu entziehen gesucht. Das Ohlauer Urteil wurde hinter verschlossenen Türen verklesen. Nach neunstündiger Verhandlung erging auf Grund der sehr umfangreichen Beweisaufnahme folgendes schon kurz mitgeteilte Urteil: Der Angeklagte wird wegen gefährlicher Körperverletzung und Bedrohung zu sechs Monaten Gefängnis und 20 Mk. Geldstrafe verurteilt, und hat sämtliche Kosten, auch die der Nebenklage (Schibitz hatte sich dem Verfahren als Nebenkläger angeschlossen), zu tragen. Außerdem hat er an Schibitz eine Buße von 500 Mk. zu zahlen. Der Revolver wurde eingezogen. Da das Gericht Fluchtverdacht nicht mehr für vorliegend erachtete, hob es den gegen den Angeklagten erlassenen Haftbefehl auf. — Jeder Kommentar zu diesem lieblichen Jöyll würde die Wirkung dieses Berichtes nur abschwächen.

**Schutz gegen preussische Schulleute!** In Frankfurt a. Main war ein junger Maler angeklagt, drei Schulleute „beleidigt“ zu haben. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht stellte sich am Freitag heraus, daß der junge Maler ganz grundlos verhaftet und auf

der Wache mißhandelt worden war. Selbst dem Gerichtsvorstand kam das Verhalten der Schulleute merkwürdig vor; er rief ihnen, den Strafantrag zurückzuziehen. Das geschah aber nicht. Dem Schuttmann Niehl machte er ernste Vorwürfe wegen seines Verhaltens. In der Verhandlung sei er gar nicht berechtigt gewesen; er hätte zunächst versuchen müssen, die Personalien festzustellen. Bezeichnend ist es, daß keiner der drei Schulleute wissen will, wer den Angeklagten mißhandelt hat; sie bestreiten es unter ihrem Eid. Und der Schuttmann Niehl bildete sich sogar ein, er brauche dem Verleumdiger keine Fragen zu beantworten; er mußte erst vom Vorsitzenden dazu verpflichtet werden. Das Gericht erkannte auf Freisprechung des Angeklagten und führte beglühend aus: In der Verlesung und der auf der Wache erfolgten nicht einwandfreien Behandlung des Angeklagten erblickt es eine Verleumdung, die der junge Mensch durch seine Äußerung erwidert habe. Es lag nicht die geringste Ursache vor, gegen den Beschuldigten so vorzugehen, wie es geschehen ist. — Der Polizeikommissar Wille aus Wittenberge hatte sich am 19. Februar zum zweiten Male blumen kurzem vor der Strafkammer des Landgerichts Prenzlau wegen Verbrechens und Vergehens im Amte zu verantworten. Angeklagt war ferner der Polizeiwachmeister Jänicke. Beiden wurden Körperverletzung, Mißhandlung und Erpressung eines Geständnisses zur Last gelegt. Die Beschuldigten sollen bei Vernehmung von inhaftierten Personen pflichtwidrig vorgegangen sein. Nach der stundenlangen Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt gegen den Polizeikommissar Wille drei Wochen Gefängnis. Das Gericht verurteilte nur den Angeklagten Jänicke und zwar zu der niedrigen Strafe von 100 Mk. Geldstrafe oder 20 Tage Gefängnis, während der Kommissar Wille freigesprochen wurde.

## Aus Nah und Fern.

**Bergmannslos.** Wie aus Deutchen (Oberschlesien) gemeldet wird, wurden in der Grube „Mathilde“ zwei Schleppler durch herabfallende Gesteinsmassen getötet. In dem Sattelstöß des Bismarckstachtes verunglückten zwei Grubenarbeiter, einer war sofort tot, der andere wurde schwer verletzt.

**Neue Pflanzen.** Wegen drei ehemalige Oberprima einer Gneiser Gymnasiums, die aus dem Direktorzimmer nachts die Prüfungsaufgaben für das Abiturientenexamen entwendet hatten, hat jetzt die Gneiser Staatsanwaltschaft Anklage wegen Einbruchdiebstahls erhoben. Die Verhandlung findet am 3. März vor der Gneiser Strafkammer statt.

**23 Personen umgekommen.** Im Quisbald am Pfafford riß eine Lawine zwei Häuser fort. 23 Menschen sind umgekommen.

**Verurteilt.** Seit Freitag werden drei Arbeiter, ein Franzose und zwei Italiener, verurteilt, die den Großen St. Bernhard überschreiten wollten. Vermutlich sind sie von einer Lawine fortgerissen worden.

**Mord.** In Lille wurde die 63jährige, übel beleumundete Pauline Bahée, genannt Non Genévre ermordet aufgefunden. Ihr Leichnam war furchtbar verstimmt. Die Nachforschungen nach den Tätern blieben ergebnislos.

**Bank.** Wie der Wälzischen Presse aus Maedelshöhe gemeldet wird, gerieten in einem dortigen Kineomatographentheater die Films in Brand. Unter den Zuschauern entlief eine Panik; viele Kinder wurden ohnmächtig und verletzt, einige schwebten in Erstichtungsgefahr.

**Der Sturm der Lucher auf das Gefängnis.** Die Stadt Cairo in Illinois, die erst vor wenigen Wochen ein Schaulapf grauenvoller Lynchmorde war, ist, wie schon erwähnt, am Donnerstag zur Stätte eines blutigen Kampfes geworden, in dem die blinde Leidenschaft des Massenhaßes neue Opfer gefordert hat. Im Untersuchungsgefängnis befinden sich zwei schwarze Taschendiebe, die verhaftet wurden, weil sie weiße Frauen auf der Straße bestohlen hatten. Ein Verwandter der vor einigen Monaten von einem Neger ermordeten Anne Kelley, derselbe, der vor einigen Wochen den Sturm auf das Gefängnis führte, bei dem der schwarze Mörder und schließlich auch ein wegen Mißhandlung verhafteter Weißer der Grausamkeit der Menge zum Opfer fielen, hat es sich an den damals gewonnenen Vorbeeren nicht genügen lassen. Mit einigen Gefängnisgenossen entwarf er, durch reichlichen Genuß von Branntwein angeregt, den Plan eines neuen Sturmes auf das Gefängnis, und bald fanden sich einige 200 Abenteurer, die an dem Zuge teilnehmen wollten. Während zog man vor das Gefängnis und verlangte die Herausgabe der zwei Neger. Aber der Sheriff Nellis war wohl gerüstet und setzte der blutdürstigen Bande energischen Widerstand entgegen. Als trotz aller Warnung die wilde Horde mit Gewalt in das Gefängnis einzudringen suchte, machten die Wächter von ihrer Waffe Gebrauch und feuerten. Der Rädelsführer fiel als einer der ersten leblos zu Boden; drei andere wurden schwer verwundet. Eine wilde Panik folgte. Die aufgeregteste Wut war aber mit dieser blutigen Lehre nicht zum Schweigen gebracht. Der Lärm des Kampfes weckte die Bürgerschaft, die Angreifer wollten Rache nehmen, und ihr Zorn richtete sich nun gegen den Sheriff, der ihren Gewalttätigkeiten so energisch entgegengetreten war. In kurzer Zeit versammelte sich eine leidenschaftlich erregte Menge von mehr als tausend Männern auf dem Plage vor dem Gefängnis, die die Verteidiger mit einem Hagel von Kugeln und Steinen überhäutete. Aber der Sheriff mit seinen 12 Wächtern blieb fest. Er erklärte, daß er seine Gefangenen bis zum letzten Blutetropfen verteidigen werde. Die Menge unternahm dann einen Sturm auf das Gefängnis, das Haupttor wurde eingeschlagen, aber es gelang den Verteidigern, sich zu verbarrikadieren und den Angriff abzuschlagen. Inzwischen waren zwei Kompanien Staatsmiliz zur Unterstützung der bedrängten Beamten eingetroffen. Als die wütende Menge sah, daß es Ernst wurde, zerstreute sie sich.

## Literarisches.

Die soeben erschienene Nummer 5 des „Postillon“ enthält an Volkbildern und Illustrationen: Wärgluff. — Im Bebel. — Aus der Kalmücke. — Zum Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches. — Die Freisinnigen auf dem Kriegsspiel. — Vor der Strandung. Aus dem Texte erwähnen wir: Parlamentarische Zukunftsbilder. — Das Bebel-Denkmal in Hamburg. — Kasperle-Theater. — Die Wahlreform. — Marine-Rundschau. — Der armen Leute Jubrot. — Eisenach. — Der Hallensche Komet. — Ein neuer Heiligger. Nlv. Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag Paul Singer in Stuttgart, sowie durch alle Buchhandlungen und Kolporture zu beziehen.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lüber.



